

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
H. Hoffman u. Verwaltungen: Drag 11, Telčanska 15 • Tel. 2793, 31400, Kofschitz, (ab 21 Uhr) 33556 • Postfachamt: 57546

13. Jahrgang.

Donnerstag, 19. Jänner 1933

Nr. 16.

Der Justizminister gegen den Vorwurf der Persekution.

Antwort auf „Pauschalverdächtigungen“.

Prag, 18. Jänner. Im Budgetausschuß nahm heute zum erstenmal ein Mitglied der Regierung, der zuständige Justizminister Dr. Weizner, zu den von Parlamentarierseite vorgebrachten Beschwerden und Pauschalverdächtigungen der Justiz wegen des Volksportprozesses und zu der Behauptung von der „Persekution“ der deutschen nationalsozialistischen Bewegung offiziell Stellung.

Dr. Weizner erklärte, er könne sich bezüglich des Volksportprozesses nicht in eine Analyse aller Ausführungen des Abgeordneten Krebs einlassen, weil es sich um ein noch nicht rechtskräftiges Urteil handle; er müsse sich deshalb jeder Meinungsäußerung über Schuld oder Nichtschuld der Angeklagten enthalten, namentlich auch über die von der Verteidigung angebotenen Beweise abgesehen habe, was auf Grund welcher Beweise das Gericht die Überzeugung von der Schuld der Angeklagten gewonnen habe.

Er müsse sich jedoch gegen die Behauptungen des Abg. Krebs stellen, in denen er Pauschalverdächtigungen gegen den Brünner Gericht und gegen die Justiz überhaupt vorbrachte, daß sie nicht als unabhängige Instanz aufzutreten sei, sondern daß sie unter dem Einfluß der Verwaltung, sei es der Justiz, der politischen oder der Militärverwaltung, gehandelt habe. Es sei direkt absurd, wenn Krebs die Abhängigkeit des Gerichtes voraussetze, daß das Gericht die Überzeugung von der Schuld aus der Aussage eines Polizeibeamten bzw. auf Grund des Gutachtens der militärischen Sachverständigen, gewonnen habe. Die Verteidigung könne sich sicher nicht über den Brünner Straflenaar beschweren, der gegenüber den Verdächtigungen der Angeklagten und ihrer Vertreter, den Staatsanwalt und die ganze tschechoslowakische Justiz lächerlich zu machen ein hohes Maß von Wohlwollen und Geduld bewahrt habe.

Dr. Weizner erklärte weiter wörtlich:
Die Justizverwaltung ist im Volksportprozess mit der größten Objektivität vorgegangen und sie war insbesondere weit davon entfernt, einen Tendenz- oder Persekutionsprozess heranzuführen oder durchzuführen. Das Vorgehen der Anklagebehörde war ganz korrekt und sachlich abweisend von jeder nationalen wie politischen Parteilichkeit.

Es ging nicht — ich sage das mit großem Nachdruck — um einen Strafprozess gegen das deutsche Volk und auch nicht gegen eine Partei wegen der Zugehörigkeit zu dieser Partei, sondern es ging lediglich um eine bestimmte Straftat bestimmter Angeklagter.

Zum Beweis dessen, wie die Organe der öffentlichen Anklage objektiv und gewissenhaft sich verhalten haben, sei folgendes angeführt:

Bei der Staatsanwaltschaft in Prag wurde die Strafanzeige gegen eine große Zahl von Personen, Mitglieder des „Volksport“, erhoben, und zwar gegen 203, von denen 200 schon dem 2. und 10. März im ganzen 81 Personen verhaftet wurden. Der Untersuchungsrichter hat mit größter Beschleunigung die Untersuchung geführt und die Staatsanwaltschaft hat bei jedem einzelnen der Verhafteten und Beschuldigten überprüft, ob hier Verdachtsgründe bestanden, das heißt, bis zum 30. April waren bereits 55 Verhaftete entlassen; zur Zeit der Überreichung der Klage waren von 81 Personen nur noch fünf in Haft.

Wenn es um einen demonstrativen Persekutionsprozess gegangen wäre hätten die Organe der öffentlichen Anklage die Anklage wegen Verbrechen nach § 2 des Schußgesetzes gegen eine große Anzahl von Personen erhoben und es hätten sicher auch hinsichtlich einer größeren Zahl von Personen auf der weiteren Inhabung beharrt als der fünf. Wenn es um eine Persekution gegangen wäre, hätten die Organe der öffentlichen Anklage den Prozess gegen alle Personen wegen Verbrechen geführt, während in Wirklichkeit nach § 2 die Anklage nur gegen sieben Personen erhoben wurde, während gegen die übrigen das Verfahren nur nach § 17 des Schußgesetzes weitergeht,

und bei einigen das Verfahren überhaupt eingestellt wurde.

Auch die Bestimmung des Gerichtes erfolgte nicht nach Willkür und wurde nicht von dem Streben nach Persekution diktiert, sondern das Prager Kreisgericht, das mit der Sache betraut wurde, war nach der Strafprozessordnung zuständig; hinsichtlich der weiteren Beschuldigungen wurden die Akten jenen Kreisgerichten abgetrennt, die nach der Strafprozessordnung zuständig sind. Schon daraus ist ersichtlich, daß die Justizverwaltung sich kein Gericht zu Persekutionszwecken ausgesucht hat, sondern streng nach dem Gesetz vorgegangen ist. Und auch das Brünner Gericht, über das sich Abg. Krebs beschwerte, wurde zur Verhandlung des Prozesses nicht von der Justizverwaltung bestimmt, sondern auf Antrag der Angeklagten und ihrer Vertretung vom Obersten Gerichtshof delegiert.

Abg. Krebs hat mich gefragt, warum nicht gleichzeitig mit den ersten Angeklagten in Brünn auch die Mitglieder der Nationalversammlung verfolgt wurden, deren Auslieferung jetzt verlangt wird.

Ich glaube, daß der Vorwurf der Persekution sich in der Regel darauf stützt, daß man eine überproportional große Zahl von Personen verfolgt beginn, anklagt und daß man in erster Linie die Anklage gegen Mitglieder der Nationalversammlung richtet. Jetzt bemerke ich, daß dieser Vorwurf der Persekution sich darauf stützt, daß viel zu wenig Personen verfolgt wurden und daß man nicht sofort auch die Mitglieder der Nationalversammlung verfolgt hat. Ich bekenne, daß ich diese Logik nicht verstehe!

Wenn es der Justizverwaltung um einen Akt der politischen Persekution gegangen wäre, hätte sie sicher in erster Reihe als Objekt der Anklage gerade hervorragende politische Persönlichkeiten ausgesucht und keinesfalls unbekannt und in der Öffentlichkeit bedeutungslos Leute. Gerade aus dem Umstand, daß der Antrag auf Auslieferung der Mitglieder der gesetzlichen Körperschaften erst dann gestellt wurde, als die Angelegenheit geklärt und das Verfahren in erster Instanz durchgeführt war, zeugt davon, mit welcher Objektivität die Justizverwaltung dabei vorgegangen ist.

Zu der Behauptung des Abgeordneten Krebs, daß das Urteil des Brünner Gerichtes in einer sehr beträchtlichen Anzahl von Exemplaren vervielfältigt und die Abschriften allen Gerichten übermittleit wurden, sei denen ähnliche Fälle zur Verhandlung stehen, damit sich die Gerichte nach diesem Urteil richten, konstatiere ich, daß diese Behauptung nicht richtig ist und daß Abschriften des Brünner Urteils anderen Gerichten als Richtlinie für

ein ähnliches Vorgehen nicht übersendet worden sind.

Gegenüber den Vorwürfen Mart-Hartings, daß das Ministerium in legislativer Hinsicht untätig sei, zählte Dr. Weizner eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen auf, die in Vorbereitung oder im interministeriellen Verfahren sind, darunter das Kartellgesetz, die Kündigungsgesetzgebung und das Buchengesetz. Die heutige Zeit sei allerdings nicht geeignet für große Kodifizierungsarbeiten; man werde mit dringenden Arbeiten, soweit sie größeren Umfang haben, also zuwarten müssen.

Kriminalität nicht im Steigen.

An Hand eines großen Ziffernmaterials kommt Weizner zu der Schlussfolgerung, daß die Kriminalität im Anwachsen begriffen, nicht zuzurechnen; im Krisenjahr 1931 hat sich sogar eine Abnahme namentlich bei den Übertretungen gezeigt. Dagegen ist die Zahl der Konfiskationen gegenüber 1927 um 118, die Zahl der Ausgleiche um 106 Prozent gestiegen.

Überlastung der Gerichte.

Die Zahl der Richter (ohne die Anwärter) ist vom 1. Jänner 1927 bis 1. Jänner 1932 von 2.053 auf 2.242 gestiegen. Die Steigerung beträgt bei den Konzeptkräften (einschließlich der Aktuar) in dieser Zeit 19, beim Kanzleipersonal 36 Prozent. Die Agenda sei dagegen auf das Zwei- bis Zweieinhalbfache gemachsen. Diese Arbeit geht über die menschlichen Kräfte; namentlich in der heutigen Zeit kann sie nicht bewältigt werden. Heute behält bereits ein Überfluß an Beamten für alle Dienstposten. Unter der Richterschaft ist das deutsche Element stärker vertreten, als es der Bevölkerungsziffer entspricht; die Zahl der deutschen Richteramtsinhaber verringert sich allerdings und betrage in Böhmen nur 12 Prozent; die Frage, was die Ursache sei, sei schwer zu beantworten. Sie liege jedenfalls nicht in einer Vereinigenommenheit an höheren Orten bei der Besetzung der Stellen.

Konfiskationen.

Ueber die Beschwerden hinsichtlich der Konfiskationen antwortete Dr. Weizner, daß ihre Zahl im Jahre 1932 auf 3.642 gestiegen ist. Es wurde ein Erlaß herausgegeben, daß dort, wo es sich um eine sachliche Kritik der Behörden oder der Verhältnisse handelt, nicht zur Konfiskation gegriffen werden soll. Die Konfiskationspraxis sei aber nicht nur von dem betreffenden Amt, sondern auch davon abhängig, wie geschrieben wird. Gegen Disparitäten in der Konfiskationspraxis gebe es so gut wie kein Mittel. Die Kontrolle des Ministeriums könne an der Tatsache der Konfiskation selbst nichts ändern.

Beginn der Schuldebatte.

Im Budgetausschuß wurde gestern vormittags die Debatte über das Kapitel „Schulden“ mit einem Referat des tschechischen Genossen Dr. Macel eröffnet. In der Debatte sprach u. a. Genosse Hadenberg. Wegen Raummangels werden wir einen entsprechenden Bericht morgen nachtragen.

Dunkle französische Pläne mit Oesterreich?

Neutralisierung und dauernde Trennung von Deutschland?

London, 18. Jänner. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will in der Lage sein zu berichten, Frankreich beabsichtigt die Neutralisierung Oesterreichs nach dem Vorbild der Schweiz „für ewige Zeiten“ und wolle diesen internationalen Status des Landes wenn möglich vom Völkerbund garantieren lassen. Vertrauliche Sondierungen oder Besprechungen über diesen Gegenstand seien in mindestens drei Hauptstädten im Gange. Es sei noch nicht gewiß, wann der erste offene Schritt erfolgen werde. Das Hauptziel einer solchen Aktion würde sein, für alle Zeiten den Anschluß und wahrscheinlich auch eine Zoll- oder Wirtschaftsunion Oesterreichs einerseits und Deutschlands oder Italiens andererseits zu verhindern. Das Blatt deutet an, daß der Plan auf die Haltung des früheren Finanzministers Mandin

zurückgeht, der die jetzige Regierung davon überzeugt zu haben scheint, daß die beständige „Anschlußgefahr“ jede weitere Kapitalaufnahme für Oesterreich auf dem französischen Markt unmöglich mache. Andererseits erwartet die französische Diplomatie, daß die dauernde Neutralisierung Oesterreichs Ungarn isolieren und zum Friedensschluß mit der kleinen Entente und schließlich zur Vereinigung mit ihr nötigen würde. Mit dieser Meldung, für welche dem „Daily Telegraph“ die volle Verantwortung überlassen werden muß, verbindet das Blatt eine durchaus ablehnende Kritik des französischen Planes, der, wie es hinzugefügt, niemals die Zustimmung Deutschlands und Italiens erlangen werde und den auch realistische Franzosen als eine Utopie betrachten.

Fascismus und Revision.

Für jede Regierung ist es heutzutage eine schwere Sorge, das Staatsbudget im Gleichgewicht zu halten, aber eine so schwierige Aufgabe wie die Regierung des Generals Gombos hat wohl keine. Es ist allgemein bekannt, daß ein gegenrevolutionäres Regime sehr viel Geld verschlingt, da wir seit Montecuccoli wissen, daß man zu einem Krieg (und jedes faschistische Regime bedeutet Krieg gegen das eigene Volk) „Geld, Geld und wieder Geld“ braucht! Wie soll man aber Krieg führen, wenn kein Geld vorhanden und das Defizit nicht mehr zu bewältigen ist.

Darum sind die gegenrevolutionären ungarischen Regierungen an Defizit gewöhnt, doch konnte man früher ein solches mit Hilfe der ausländischen Anleihen decken. Gedankenlos gab man das Geld aus und wenn man neues Geld brauchte, half das Ausland meist bereitwillig. So wurde Ungarn das am meisten verschuldete Land, wo die Kopfquote der ausländischen Schulden 432 Schv. Franken ausmacht. Selbst im „Moratorium-Griechenland“ beträgt die Quote 378 Schv. Fr., und in dem zum Betteln immer bereiten Oesterreich sogar nur 301 Schv. Fr. (Die Tschechoslowakei sieht bedeutend besser: die Kopfquote beträgt 138 Schv. Fr.) Es ist also selbstverständlich, daß die ausländischen Kassen für Ungarn versperren bleiben, da auch für solventere Staaten keine Anleihe möglichkeit vorhanden ist.

Wie wäre das Defizit aber doch zu decken? Die ungarische Regierung hat die Tilgung und Zinszahlung der ausländischen Schulden schon lange eingestellt. Ganz natürlich, da doch früher der Anleiheendienst aus dem neuen Anleihen geleistet wurde, wie das eben in der „guten Gesellschaft“ Brauch ist. Trotzdem blieb immer noch ein Defizit. Das ungarische Volk gibt 40 Prozent seines Einkommens für die Erhaltung des Staates und der Gemeinden aus, doch kann es die Kosten des faschistischen Regimes nicht aufbringen.

Tyler, der im Auftrage des Völkerbundes das ungarische Staatswesen und die ungarische Wirtschaft beobachtet, prophezeit bis Ende Juni 1933 ein Defizit von zirka 200 Millionen Pengö (eine Milliarde Kronen!). Laut seinem Bericht sind die Einnahmen nicht mehr zu heben, da die Wirtschaft höhere Abgaben nicht mehr verträgt, dagegen könne nur eine sofortige radikale Reduzierung der Ausgaben den Zusammenbruch verhindern. Diesen Weg aber will die jetzige ungarische Regierung nicht geben. Wie soll sie die Ausgaben reduzieren, wo doch 75 Prozent derselben auf Personalspesen, Kosten der Brachialgewalt- und auf Ausgaben für das Kriegsministerium entfallen. Einen Personalabbau oder eine weitere Reduzierung der Gehälter der Beamten mag die Regierung in der Zeit, da die Bürokratie ihre einzige politische Stütze ist, nicht. Noch unantastbarer sind die Ausgaben der Brachialgewalt und die des Kriegsministeriums.

Diktaturen, deren innerpolitische Stellung kritisch geworden ist, versuchen durch außenpolitische Erfolge ihre Lage zu retten. Der Herr General Gombos wärmt also das Schlagwort „Revision des Friedensvertrages“ auf und will auf diese Art die Aufmerksamkeit von der Katastrophe der inneren Lage ablenken. „Revanche für Trianon, zurück zu Großungarn!“ Dieses Losungswort findet bei gewissen Schwärzern noch großen Anklang. Es ist zweifellos, daß die Friedensverträge von den Siegern diktiert wurden und mehrfach auch ungesund und unerträglich Situationen geschaffen haben. Es ist auch richtig, daß das ungarische Volk für die ungarische, dumme und unmenschliche Nationalitätenpolitik, welche seine feudalen Herren vor dem Kriege führten, schwer bestraft wurde.

Auch das ist zweifellos, daß jene Atmosphäre, in welcher die Friedensverträge und die neuen Grenzen zustande kamen, im Verschwinden ist. Langsam wird die imperialistische Willkür von dem Gedanken der Zusammenarbeit abgelöst. Aber diesen Gedanken, das weisse Korrekktivum der Fehler, kann man mit nationalstaatlichen Phrasen und Vorbereitungen zur Revanche nicht erreichen. Am Gegenteil, die Bemühungen des Generals Gombos, eine gemeinsame faschistische Front mit Italien, Oesterreich und Deutschland gegen die Friedensverträge zu bilden, bedeutet keine Zusammenarbeit, sondern Feindseligkeit gegen die anderen. Diese Front, in welcher Bulgarien und die italienische Kolonien Albanien auch eine Rolle spielen sollten, ist die Front der Gegenrevolution, der Reaktion und richtet sich nicht nur gegen die Staaten Frankreich, Jugoslawien, Tschecoslowakei und Rumänien, sondern im Wesentlichen gegen alle Völker von Europa, gegen die Arbeitenden. Die europäische Demokratie, welche in der letzten Zeit ohnehin schwere Wunden erlitten mußte, darf nicht vergessen, daß hier die Wiegeburt der heiligen Alliance versucht wird und die älteste Reaktion Europas, die seit vierzehn Jahren über ein unglückliches Volk herrscht, eine Gefahr für alles, was menschliche Entwicklung ist, bedeutet.

Die ungarische Regierung versucht — um die Aufmerksamkeit von den inneren Schwächen des Regimes abzulenken — gemeinsame Aktionen mit dem italienischen und deutschen Faschismus, mit der Starbenberg-Deimwehr, vorzubereiten. Nicht die ungarischen, deutschen, italienischen Völker arbeiten hier zusammen, nicht um deren Wohl handelt es sich. Deshalb muß man diese Revisionsbestrebungen kritisch und skeptisch betrachten. Niemand, der für Gerechtigkeit und Frieden in Europa arbeitet, kann die Revisionsbestrebungen unbedingt ablehnen. Aber ablehnen muß man alle diese Bestrebungen, die mit Hilfe des Hitlerismus, des Faschismus, neues Unrecht schaffen und den Frieden zerstören wollen.

Aufgelöste Arbeitslosenaktions-
ausschüsse.

Brüg, 8. Jänner. Die Brüger Bezirksbehörde hat heute den Bezirks-Arbeitslosenaktionsausschüß sowie die Ortsaktionsausschüsse der Arbeitslosen in den Gemeinden Brüg, Ober-Deutensdorf, Bruch, Wiese, Sous und Eschöppern aufgelöst. Bei mehreren Mitgliedern dieser Ausschüsse wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und einige Schriften beschlagnahmt. Begründet wird die Auflösung in dem Auflösungsbescheid der Bezirksbehörde damit, daß die Aktionsausschüsse feinerzeit ohne rechtliche Unterlage gebildet wurden, daß sie die durch das Vereinsgesetz vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllen und durch ihr Eingreifen die Tätigkeit der gesetzlichen Arbeitslosenfürsorge behindern, die allein den Staatsämtern und den Gemeinden obliegt. Es sei auch festgestellt worden, daß Funktionäre der Ausschüsse sich in den Dienst einer staatsfeindlichen politischen Partei stellen und im Namen der Aktionsausschüsse unter den Arbeitslosen für die Teilnahme an Aktionen agitieren, die mit der Arbeitslosenfürsorge nichts zu tun haben.

Die Kellnerin Molly.
Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Haderwitzer-Verlag, Berlin.
Nachdruck verboten.

Gegen Mittag erst kam Male in Sierrin an. Verwirrt stand sie vor der Geschäftigkeit des Verkehrs innerhalb des Bahnhofes. Lange ärgerte sie, durch die Sperre zu gehen. Würde man ihr nicht die Flucht anfeuern, sie in das Gefängnis, das Zuchthaus strecken oder gar zu Pastor Ziemann zurückzuführen?

Aber was denn — sie hatte ja nicht gestohlen, niemand verlegt, keinen beleidigt. Sie wollte nur arbeiten, freiwillig, ohne den Zwang, für fromme und böshafte Menschen sich abgeben zu müssen. So viele Menschen lebten in einer großen Stadt, daß es ein Leichtes sein müßte, sich die herauszufinden, für die man gern und gut arbeiten möchte. So gütig und anständig und geschäftig wie Sampsel müßten sie sein, allerdings reich, denn nur reiche Leute können es sich leisten, ein Dienstmädchen zu halten.

Male hatte in ihrem Leben doch wirklich schon genug erfahren, die Vertreter des Staates, der Kirche hatten in ihr Leben gegriffen, sie hatte begüterte Pavern und auch den Grafen Brieskon kennen gelernt, und doch erwartete sie immer noch, unter den reichen Leuten besonders viel gütige Menschen zu finden. Sicherlich hielt sie die teilnehmende und schenkende Güte für einen Vorzug, den sich der Reichtum eher leisten könne als die Armut.

So tapfer auch das Mädchen eine städtische Sicherheit vorzuziehen suchte, so gewiß wurde sie sofort als unsichere Fremde erkannt. Eine runde, freundliche Frau trat auf sie zu und fragte, ob sie ihr die Hilfe der katholischen Bahnhofsmission anbieten dürfe. Male dankte schüch-

Nur ein „sozialfaschistischer Schlager?“

Das Polizeispiektum in der Kommunistischen Partei.

„Besten Endes zeigt sich in diesen schändlichen Lügen und Verleumdungen doch nur die schlotternde Angst der sozialfaschistischen Führer vor dem siegreichen Vormarsche der kommunistischen Partei und der Einheitsfrontbewegung des Proletariats.“

So der „Vorwärts“ am 18. Jänner.

Warum plötzlich unsere „schlotternde Angst“? Und vor wem? Vor dem kommunistischen Kuffiger Stadtrat und Parteiführer, der ausgeschlossen wurde, weil er als Polizeispiektel erlauft wurde? Angst vor der Partei, die nicht weiß, welche Führer noch in so enger revolutionärer Verbindung mit der Polizei stehen? Nein, vor einer solchen Partei hat niemand Angst, selbstverständlich auch die Bourgeoisie nicht.

Wir versuchen „Wieder einmal durch eine infame Verleumdungskampagne Verwirrung in die Reihen der revolutionären Arbeiterkraft zu tragen.“ Wir? Es dürfte genügen, die kommunistischen Arbeiter in Verwirrung zu bringen, wenn ihr Führer in einer großen deutschen Stadt, der Stadtrat Gröschel, aus der Partei ausgeschlossen werden mußte, weil „die Gemisheit, daß Gröschel im Dienst der Polizei steht“, nicht mehr abzuweisen war. Und es dürfte genügen, die nordböhmisches kommunistischen Arbeiter in Verwirrung zu bringen, wenn die Bezirksleitung Gablons gleich drei Mitglieder ausschließen mußte, weil nachgewiesen wurde, daß „dieselben im Dienste der Polizei und der sogenannten kommunistischen Arbeiterpartei standen.“ also eine für Revolutionäre höchst seltsame „Einheitsfront“ nach zwei Seiten hin geschlossen hatten. Und sogar linientreu, also eigener Meinungsbildung längst entwöhnte „Vorwärts“-Leser werden einigermassen verwundert sein, daß den Sozialdemokraten ein stinkender Sumpf vorgeworfen wird, da doch Kommunisten als Polizeispiektel entlarvt wurden und man gemeinhin von einem Spiegelsumpf spricht...

Der „Vorwärts“ meint, es sei selbstverständlich, daß die Polizei versucht, Spiektel in die Partei zu entenden. Der Meinung sind wir auch, und auch der, daß ihr das immer wieder gelingen wird. Einer Partei mit Allegationspielerei, zu der ja schon die berüchteten einundzwanzig Bedingungen jede kommunistische Partei verpflichten, bleibt dieses Schicksal nicht erspart, auch wenn man recht gut weiß, was diese Partei will. Das Spiektelwesen gehört ebenso zum System der politischen Polizei (worüber ja auch aus dem Sowjetstaat Interessantes berichtet wird), wie zum System der Geheimorganisationen. Eine politische Geheimorganisation ohne Polizeispiektel ist gar nicht vorstellbar. Gewiß ist dieses Spiektelwesen (schrecklich, verabscheuenswürdig. Aber das, was als kommunistische „Politik“ gilt, dieses Gerede vom Revolutionarmachen, dieser kramphafte Purismus, dieser Wahn, man könne moderne kapitalistische Staaten durch tägliche Generalstreikparolen erschüttern und die politische Macht durch hemmungsloses Geschimpfe erobern, diese Revoluzzerei wird immer wieder Spiektel anlocken.

Solange Wesen und Politik der kommunistischen Parteien sich nicht ändern, solange werden die kommunistischen Arbeiter leider immer damit rechnen müssen, daß etliche bestbeleideten Parteischreiber früher oder später als Polizeispiektel entlarvt werden.

Und solange gerade die großen Schreier, die bedenkenlossten Schimpfer wider die Sozialdemokratie als besonders tüchtige Kommunisten gelten, wird es der Polizei gar nicht so besonders schwer fallen, sich in der Partei einzunisten. Leider!

Ja, leider! Denn Opfer dieses Spiektelwesens werden doch immer wieder arglose, gläubige Arbeiter werden, Proletarier, die von polizeibehaltenen Schreierern sich in sinnlose Aktionen treiben lassen, die nur Umwege ins Gefängnis sind.

Die Tschecoslowakei für die
Vierzigstundenwoche.

Wir haben bereits darüber berichtet, daß auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, wo gerade über die Vierzigstundenwoche verhandelt wird, ein gemeinsamer Antrag einiger Regierungen eingelaufen ist, wonach die Konferenz erklären soll, daß die Kürzung der Arbeitszeit ein geeignetes Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei und daher seitens der Staaten an die Durchführung der Vierzigstundenwoche gefordert werden könne. Den Antrag haben Deutschland, Frankreich, Belgien und die Tschecoslowakei unterschrieben.

Forderungen der Gewerkschaften
in der Arbeitszeitfrage.

(IWW.) Vor Eröffnung der in Genf tagenden vorbereitenden technischen Konferenz zur Besprechung der Frage der 40-Stundenwoche traten unter dem Vorsitz von Citrine und unter Teilnahme verschiedener Vorstandsmitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Vertreter zahlreicher Länder und einiger internationaler Berufssekretariate zu einer Vorbesprechung zusammen, die sich insbesondere mit der

Frage befaßte, ob in der Arbeitszeitfrage eine einzige Konvention oder verschiedene Konventionen für die wichtigsten Wirtschaftszweige angenommen werden sollen. Die große Mehrheit der Delegierten sprach sich für eine einzige Konvention aus, in der die verschiedenen Spezialinteressen berücksichtigt werden sollen. Insbesondere forderte die Konferenz die Einbeziehung der Handels- und Büroangestellten und der Landarbeiter. Endlich gab die Konferenz der Meinung Ausdruck, daß durch die Arbeitszeitverkürzung die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht verschlechtert werden dürfe.

In der vorbereitenden Konferenz unterbreitete die Arbeitergruppe dem Büro eine spezielle Entscheidung, in der „auf heftigste bedauert wird, daß die Landwirtschaft bei der Prüfung der Arbeitszeitfrage im voraus ausgeschlossen wurde“. Die Entscheidung erinnert daran, daß seit der Vertagung der Frage der Arbeitszeit in der Landwirtschaft durch die Internationale Arbeitskonferenz des Jahres 1921, d. h. seit mehr als 10 Jahren, die Frage nicht mehr besprochen wurde“. Die Konferenz soll das Internationale Arbeitsamt beauftragen, „sofort eine Erhebung über die Arbeitszeit in der Landwirtschaft vorzunehmen zum Zweck der Annahme einer internationalen Konvention über die Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft“.

Abschluß der Generaldebatte.

Der Abschluß der Generaldebatte der Konferenz für die Vorbereitung der Vierzigstunden-Arbeitswoche gestaltete sich nochmals zu einem großen Ringen um die Grundfragen des Problems.

Scharf lehnten Forbes-Warson-England und Messer-Deutschland für die Unternehmung jede Arbeitszeitverkürzung ab. Von den Regierungen sprachen die Vertreter Kanadas und Südafrikas für die Reform. Belgien ließ durch Professor Mahaim erklären, daß sich seine Regierung nicht in der Schlinge der Unternehmer fangen ließe. Die Regierungen müßten nach allen brauchbaren Mitteln greifen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Für Deutschland betonte Dr. Ziyler vor allem zur Lohnfrage, daß eine Beschränkung der Lohnerhöhung bei Betrieben mit sehr noch mehr als Vierzigstunden-Arbeitszeit zu unumgänglichen Konkurrenzverhältnissen führen müßte. Eine allgemeine Lohnerhöhung, also auch in Betrieben mit sehr schon 40 oder weniger Arbeitsstunden habe schwere volkswirtschaftliche Bedenken gegen sich. Auch sei bisher kein Weg gezeigt worden, wie man die Verpflichtung zur Lohnerhöhung international durchführen könne. Die deutsche Regierung könne sich daher nicht entschließen, ohne genaue Einzelstellungen über die Durchführung und Tragweite einer allgemeinen Verpflichtung zur Lohnerhöhung zuzustimmen. Drei Arbeitervertreter traten den Unternehmern nochmals entgegen. Dann beendete der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Butler die Debatte mit einem langen Schlußwort.

Niemand habe mehr behauptet, so führte Butler aus, daß die Arbeitszeitverkürzung allein ein Heilmittel für die Krise sei. Aber ein Mittel sei sie. Man könne nicht auf die Weltwirtschaftskonferenz allein warten, denn alle Schwierigkeiten könne sie nicht auf einmal beseitigen. Dazu läme die technologische Arbeitslosigkeit. Wenn selbst also das normale Verhältnis eintreten würden, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt. Sie werde im größeren Maße nach der Krise fortbestehen als vorher. Eine Gesellschaft dürfe nicht dulden, daß es Millionen von Menschen gebe, die dauernd aus der Produktion ausgeschlossen seien. Die Gruppe der wirtschaftlichen Schwierigkeiten könne nicht durch die Meinungsverschiedenheiten der Wirtschaftslachverständigen, sondern nur durch die Praxis gelöst werden. Im Mittelpunkt stehe die Kaufkraft. Werde sie nicht erhalten, dann sei jede Besserung ausgeschlossen. Verständlich sei der Einwand, das Abkommen müsse unbedingt international sein. Aber die Produktion für den Binnenmarkt überwiege überall. Wollte die Konferenz die Schwierigkeiten überwinden oder nicht, das sei die wichtigste Frage. Die Welt werde es viel ungünstiger aufnehmen, wenn nicht wenigstens der Versuch gemacht werde. Deshalb müßte mit gutem Willen an die Einzelarbeit gegangen werden, was die Entscheidung der Regierungen die geeignetere Grundlage biete.

Neute Urteil
im Sibirnyprozeß.

Das Urteil im Prozeß gegen den Abgeordneten Sibirny und gegen den Uhrmacher F. Zichrovsky wird in Jglau am Donnerstag, den 19. Jänner, um 9 Uhr vom Vorsitzenden des Strafverurteilten Obergerichtes Viktor Sibirnyger verkündet werden. Die Verlesung der Begründung wird wahrscheinlich bis in die Mittagsstunden dauern.

daten auf der Wacht, gingen ihre Kunde und hielten bei Male ihre Kontrolle.

Schließlich, nachdem es die Damen fünf- oder sechsmal abgewiesen hatte, war das Mädchen zermüht. Die eine sagte ihr mit fänellichem Lächeln, daß um ein Uhr nachts der Bahnhof geschlossen würde. Wer sich dann nicht mit einem Obdach ausweisen könne, den würde die Polizei genauer ansehen. Sie erbot sich, Male in ein nahegelegenes Hospiz zu führen, wo sie für wenige Groschen sauber und sicher übernachten könne. Das Mädchen, ohnehin ziemlich am Ende seiner Widerstandskraft, mußte sich zwischen Polizei und der Inneren Mission entscheiden. Sie ließ sich von der Dame zum „Christlichen Hospiz für Schulpflege weiblichen Geschlechts“ führen. Und sie fühlte sich bereit, der Inneren Mission vieles zu vergeben, als die Dame beiläufig erwähnte, stellenlos Mädchen würden im Hospiz entsprechend beraten.

Wenn Damen und Personen sich bei der „Königin
Luisa“ treffen.

Zwei Mark und fünfzig Pfennige mußte Male am anderen Morgen für das Nachtlager und eine Tasse dünnen Kaffee mit einem Brötchen bezahlen. Sie fand, dies sei mehr als ein „paar Groschen“, von denen die Bahnhofsmissionarin gesprochen hatte. Doch wagte sie nicht, den Preis zu bemängeln, weil sie sich nicht den erhofften Nachweis einer Dienststelle verscheryen wollte, und im übrigen war sie wirklich froh, für die Nacht ein Dach und ein Bett gehabt zu haben.

Sie war enttäuscht, als man ihr beim Weggehen aus dem Hospiz statt einer Liste reicher und guter Leute nur die Adressen zweier Büros in die Hand drückte, die sich mit der Vermittlung weiblicher Dienstboten befaßten. Immerhin sah

sie in den Adressen zwei Tore, durch die sie zur Arbeit in der Freiheit eingehen konnte. Und so nahm sie ihr Köfferchen, das leicht geworden war, weil es keine Brote mehr enthielt, und trabte los.

Die Frau Woblich in der Klostergasse, eine umfangreiche und herausgeputzte Greifin, behauptete, eine ganze Anzahl von gutbezahlten Stellen mit leichter Arbeit vermitteln zu können, verlangte aber erst einmal die Anzahlung von fünf Mark, ehe sie ihr Adressenbuch auch nur öffnete. Male überlegte ägernd und fragte dann schüchtern, ob es nicht so ging, daß sie die fünf Mark von ihrem ersten Lohn nach Antritt der Stellung zahle.

Frau Woblich lachte hell heraus. Wenn sie solche Geschäftsgrundlagen hätte, dann würde sie immer ihrem Gelde nachlaufen müssen. Nein, das tue sie nun auf keinen Fall. Erst das Geld und dann die Adresse. Male fragte bescheiden, wie es denn sei, wenn die Dame, zu der sie geschickt werde, sie nicht annehme?

Die Vermittlerin gab keine Antwort auf diese Frage, sondern fragte lautig, Male habe wohl kein Geld.

Ja, antwortete das Mädchen, das schon, aber sehr wenig. Und das wolle sie zusammenhalten.

Die Madame lachte wieder. „Gehen Sie heute abend mal auf die Kaiser-Wilhelm-Straße. Für junge Mädchen liegt dort das Geld auf der Straße. Finden Sie welches, dann können Sie morgen zu mir kommen.“

Als das Mädchen, hinausgeschoben, auf der Treppe stand, hatte sie die Rede der Frau noch nicht verstanden.

Niemlich mutlos suchte sie die zweite Adresse hervor. Den angegebenen Paradeplatz fand sie

(Fortsetzung folgt.)

Der große Unterschied

Rede über die jüngsten hakenkreuzlerischen Reden.

Die letzten Reden der Hakenkreuzler im Budgetausschuss über ihre Stellung zum Staate, werden namentlich auch im tschechischen Lager mit großer Aufmerksamkeit verfolgt; allerdings dürfte der Eindruck, den sie dort hervorzurufen, nicht in der von den Herr endrecks, Jung und Konfortien gewünschten Richtung liegen.

Gestern befahte sich im Budgetausschuss der Nationaldemokrat Rezek mit dieser Frage. Gewiß kann man, da Rezek als Vorsitzender des Immunitätsausschusses die baldige Entscheidung über das Auslieferungsgesetz gegen die fünf nationalsozialistischen Abgeordneten mit aller Energie betreibt, seine Äußerungen nicht als objektiven Ausdruck der Stimmung des gesamten tschechischen Volkes werten; immerhin sollte aber die blutige Fronte, mit der ein Repräsentant des tschechischen Nationalismus die jüngsten Lokalmisshandlungen der Hakenkreuzler behandelt, den Herren im nationalsozialistischen Lager doch etwas zu denken geben!

Rezek befahte sich mit den Hakenkreuzlern nur so nebenbei, weil er, wie er erklärte, im Immunitätsausschuss mehr Gelegenheit haben werde, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Er wolle nur auf die Kundgebungen der Vertreter der deutschen nationalsozialistischen Partei aufmerksam machen, die sehr beachtenswert seien. Die Kundgebungen von dieser Seite hätten ihren speziellen Charakter: Die einen wer-

ten auf den Apostel Paulus, der als römischer Bürger nur vor ein römisches Gericht gestellt werden sollte, unrichtig sei. Paulus habe gerufen: „Civis Romanus sum“, damit er von Rom abgeurteilt werde, obwohl er selbst jüdischer Nationalität gewesen sei. (Stürmische Beifälle.)

Dr. Rejzner machte überdies Herrn Mayr-Harting weiters darauf aufmerksam, daß er selbst seinerzeit als Justizminister zu Kreisgerichtspräsidenten für Brüx einen Tschechen und für Kuttenberg einen Deutschen ernannt und sich selbst nicht nach dem Grundgesetz gehalten habe, den er jetzt propagiere!

Ungarische Beschwerden. Zu der Budgetdebatte im Ausschuss äußerte ein ungarischer Red-

ner, Dr. Törköly, das Verlangen, daß man die 90 slowakischen Bezirke wieder aufheben und durch die alten 15 Gauen ersetzen solle; dadurch könnte man bei der Verwaltung einige Hundert Millionen ersparen. Auch der Polizei- und Gendarmerieapparat sei in der Slowakei und Karpatenland verhältnismäßig groß, jedenfalls noch viel größer als in den historischen Ländern. Eine Selbstverwaltung könne sich nicht entfalten, da die Verwaltung in den Händen landfremder Beamter aus den historischen Ländern liegt, deren Tätigkeit sich ausschließlich nach den Erlässen des Innenministeriums richtet. Die Richter verstehen gemeist nicht die Sprache der einheimischen Bevölkerung, so daß das Verfahren vor Gericht außerordentlich schwerfällig ist.

Kordač für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Aufsehererregende Äußerungen des ehemaligen Prager Erzbischofs.

Der ehemalige Prager Erzbischof Dr. Kordač hatte eine Unterredung mit dem Redakteur einer neuen tschechischen katholischen Revue „Alec“, in welcher der Herr Kirche so unangenehme hohe Geistliche neuerdings Auffassungen äußerte, die im Widerspruch zur offiziellen katholischen Politik stehen. Wir heben aus dem Interview des Redakteurs Petera mit Kordač folgendes hervor:

Petera: „Welches sind die sozialen Pflichten unseres Katholizismus in der Gegenwart? Warum stellen sich oft und stellen sich die Katholiken feindlich zu sozialen Bestrebungen?“

Kordač: „Aus Unkenntnis der Verhältnisse. Sie haben jeden, der sozial aktiv ist, als Sozialisten-Revolutionär betrachtet. Die hohe Geistlichkeit, welche als erste hätte richtunggebend wirken und führen müssen, hat dem Staat noch bei der Enttarnung von Sozialisten als einer gefährlichen Richtung geholfen, statt sich zu bestreben, die sozialen Fragen zu begrenzen. Diese Richtung hat in den letzten Jahren begonnen. Als das das arme Volk sah, hat es sich von den Bischöfen, den Geistlichen und der Kirche abgewandt in der Meinung, daß diese seine Feinde sind, daß sie mit dem Kapital gehen.“

Petera: „Trogen die Fortschritte der Technik auch einen Teil der Schuld an der heutigen Verfassung des Menschen?“

Kordač: „Richt die Fortschritte, sondern die Habgier der Menschheit, welche die Technik mißbraucht. Es ist notwendig, die Technik im Interesse der Menschheit anzuwenden, damit sie der Menschheit nicht schade. Wie der Schmied beim Harten mit glühendem Eisen eine Zange gebraucht, so muß der Mensch die Technik zu seinen Gunsten gebrauchen. Wir haben uns jedoch schon verbrannt.“

Zordauer des Tag-Streikes in Prag.

Vorsprache der Streikenden bei Malypetr.

Prag, 18. Jänner. Der Streikanschlag hatte zwar erklärt, daß der Tagstreik in Prag am 17. Jänner um 6 Uhr abends beendet werde, aber es fuhr in der Nacht auf Mittwoch keine Taxiz und der Streik wurde auch heute fortgesetzt. Die Autoverkehrs-Gesellschaften, die ihre Wagen verkehren lassen wollten, schickten die Wagenfahrer um halb 9 Uhr vormittags wieder nach Hause. Ein Flugblatt des Verbandes der Autoisten rief zu einer Versammlung auf, die um 4 Uhr nachmittags im Gewerkschaftsbaus stattfand.

Die slowakischen Teilnehmer an der Kundgebung verabschiedeten sich zum größten Teile im Laufe des heutigen Tages. Auf dem Jungmannplatz versammelten sich um 13 Uhr slowakische und Prager Demonstranten. Sie versicherten einander der Solidarität. An die slowakischen Führer wurde Benzin verteilt. Es wurde beschlossen, vor der Versammlung im Gewerkschaftsbaus auf keinen Fall zu fahren. Die Teilnehmer an der Versammlung auf dem Jungmannplatz fuhrten in ihren Wagen nach Hlubčín. Nach dem Einschleusen des dort diensttuenden Polizisten versammelten sie sich jenseits des Alja, also außerhalb des Machtbereichs der Prager Polizei, nochmals. Nach den Ansprachen wurde die slowakische Ehre gefeiert.

Die Agitation der Faschisten war außerordentlich stark. Ihre Werber luden alle Delegierten-Gruppen, auch die Deutschen, zu einer Zusammenkunft im faschistischen Sekretariat ein, wo Ehrentafel und Benzingutscheine verteilt wurden.

Malypetr's Äußerung.

Der Abordnung, die beim Ministerpräsidenten vorsprach, erklärte Malypetr, daß die gestrigen Ereignisse eine schlechte Bistkarte gewesen seien. Das Gesetz sei zwar scharf, aber er werde sich bemühen, gewisse Bestimmungen in der Durchführungsverordnung zu mildern. Die Verordnung werde unter der Mitarbeit der Autoverkehrsunternehmer zustandekommen. Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Ministerrat.

Glühlampensteuer beschlossen.

Prag, 18. Jänner. In der Mittwoch, den 18. Jänner nachmittags stattgefundenen Sitzung des Ministerrats erörterte der Außenminister Bericht über die aktuellen internationalen und außenpolitischen Probleme überhaupt, insbesondere auch betreffend die wirtschaftlichen, finanziellen und handelspolitischen Fragen, ferner über die bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Genf. Der Bericht des Außenministers wurde nach einer Debatte vom Ministerrat mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Genehmigt wurde die Regierungsvorlage über die Steuer von elektrischen Lichtquellen (Steuer von Glühlampen und ähnlichen Körpern). Genehmigt wurde das Budget des Landes Böhmen für 1933. Bestätigt wurde die Wahl des Dr. Ernst Just, Advokaten in Troppau, zum Bürgermeister der Stadt Troppau.

Zum Delegierten des tschechoslowakischen Staates im Ständigen Ausschuss des Internationalen landwirtschaftlichen Institutes in Rom wurde der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister beim Kardinal Dr. Fr. Chvalkovský ernannt.

Zur Kenntnis genommen wurde der Bericht des Komitees der Wirtschaftsminister über den Fortgang der Beratungen betreffend die Vorbereitung des weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Programms der Arbeiten des Parlamentes und der Regierung. Den beteiligten Ministern wurde aufgetragen, einen Antrag der notwendigen Investitionen sowohl im Gebiete der Staatsverwaltung als auch der Selbstverwaltung, u. m. vor allem rentabler Investitionen und ferner auch der dringenden und notwendigen gemeinnützigen Einrichtungen auszuarbeiten und in der nächsten Zeit dem Komitee der Wirtschaftsminister und dem dem Ministerrat zu zweck weiterer Entscheidung vorzulegen.

Schließlich wurde eine Reihe laufender administrativer Angelegenheiten erledigt.

Klubbeschlüsse der tschechischen Sozialdemokraten.

Die Frage der Gesetzmäßigkeit der jüngsten Jollerhöhungen für Kolonialwaren im Verordnungswege kam am Mittwoch im Abgeordnetenklub der tschechischen Sozialdemokraten zur Beratung. Nach einem Referat des Genossen Dr. Macel, der diese Frage zuerst im Budgetausschuss aufgestellt hat, nahm der Klub den Antrag des Genossen Orba an, daß die Frage der Jollerhöhungen durch ein Gesetz gelöst werden soll. Den Parteien müsse Gelegenheit gegeben werden, rechtzeitig über ein diesbezügliches Gesetz zu verhandeln. Es müssen auch grundsätzliche Änderungen zugelassen werden, über die die Parteien sich einigen. Der Klub sollte nicht mit der Erhöhung der Zölle für wichtige Bedarfsartikel und mit neuen Steuern überhaupt übereinstimmen, bevor nicht die restlose Einhebung der bereits bestehenden Steuern gesichert sei. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß das Steuersystem überhaupt eine gründliche Reform bedürfte.

Ueber Antrag des Genossen Klein wurde beschlossen, die übrigen Parteien auf die Notwendigkeit der Errichtung eines ständigen parlamentarischen Wirtschaftsausschusses aufmerksam zu machen, der in Anwesenheit der zuständigen Minister alle Anträge behandeln soll, die zur Beilegung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen können.

Wie hakenkreuzlerische Lehrer polemisieren.

Dieser Tage erschien im „Karlsb. Tagblatt“ unter dem Titel „Lehrerschaft und Sozialdemokratie“ ein aufgeregter Artikel, der wahrscheinlich aus den Kreisen der hakenkreuzlerischen Lehrerschaft stammt. Der Artikel ist schleisschen oder mährischen Blättern entnommen, da er eine Polemik gegen die Troppauer sozialdemokratische „Volkspresse“ darstellt. Aber welche Demagogie! Er kann schon nicht mehr von geblüht sein wollenden Menschen gegen die Sozialdemokratie gezeitet werden. Daß man sie für die Verleumdung der breiten Massen verantwortlich macht, weil sie den Kapitalismus „stüge“, daß der Kapitalismus bei der Kampfmethod der Sozialdemokratie immer fetter und brutaler werde, sind einige uralte laudumme hakenkreuzlerische Phrasen, die vom deutschnationalen „R. T.“, das dem Kapitalismus dient, trotzdem gern verbreitet werden. Dann fabelt man von der angeblich ins Riesenhafte gehenden Oppositionsstimme in den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Zwei aus der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und Deutschlands hinausgeworfene Leute werden als Schwurzeugen dafür angeführt, daß die roten Führer „kapitalistische Scheusale“ sind. Am Schluss werden die sozialdemokratischen Führer als „Charlatane“, „Volkstücher“ und „Lügenkünstler“ beschimpft. Mehr Ordinarheiten sind kaum mehr vorstellbar. Und warum dieser Schimpferzug? Weil die „Volkspresse“ eine hochmütige Entschliegung des Hauptausschusses schleisscher Lehrer gegen den Gehaltsabbau zurückgewiesen hatte!

Ob diese niedrige Art der Polemik der Lehrerschaft nicht, wollen wir nicht untersuchen. Wir nehmen aber zur Ehre auch der nicht-marxistischen Lehrer an, daß die meisten mit dem Ton und Inhalt des angezogenen verleumdlichen Artikels schon aus Gründen des Anstands und des guten Geschmacks nicht einverstanden ist.

Für den Schutz der Arbeiter und Angestellten in der Krise.

Zwei Gesetzesvorlagen Rejzners über Verlängerung der Kündigungsfrist.

Die das „Pravo Lidu“ meldet, hat der Justizminister Genosse Dr. Rejzner zwei Gesetzesentwürfe ausgearbeitet, deren Zweck es ist, die Arbeiter und Angestellten in der Krise dadurch zu schützen, daß die Kündigungsfristen verlängert werden und dadurch die Möglichkeit größer wird, eine neue Beschäftigung zu suchen.

Die erste Vorlage, welche die Arbeiter-schaft betrifft, legt fest, daß die Unternehmer in einer Uebergangszeit von drei Jahren das Dienstverhältnis der Arbeiter in Industrie-, Gewerbe- und Bergbaubetrieben nicht in einer kürzeren Frist als vierzehn Tagen auflösen dürfen. Wenn das Dienstverhältnis drei Jahre dauert, ist die Kündigungsfrist wenigstens drei Wochen. Für jede weitere drei Jahre des Dienstverhältnisses wird die Kündigungsfrist um eine Woche verlängert. Das Gesetz stellt ausdrücklich fest, daß die Rechte der Arbeiter nach dem neuen Gesetz durch Vertrag weder verkürzt noch aufgehoben werden können. Die Kündigungsfrist muß immer am fünfzehnten oder letzten Tag des Monats enden.

Das zweite Gesetz behandelt die Kündigungsfristen der Angestellten. Es wird gesagt, daß für die vorübergehende Zeit von drei Jahren das Dienstverhältnis jener Personen, welche nach dem Gesetz vom 21. Jänner 1929, Zahl 29, S. d. G. u. B. versichert sind, nicht in einer kürzeren Zeit als in sechs Wochen aufgelöst werden darf. Dauert das Dienstverhältnis schon drei Jahre, beträgt die Kündigungsfrist wenigstens drei Monate. Für jede weiteren drei Jahre des Dienstverhältnisses wird die Kündigungsfrist um einen Monat verlängert. Auch diese Frist darf durch Verträge weder verkürzt noch aufgehoben werden.

Der „Volkswille“ beschlagnahmt. Dem Herrn Jenor hat ein in der Mittwochnummer des Karlsbader „Volkswille“ erscheinender Artikel über die Slowakei und Karpatenrußland nicht gefallen; er hat einige Stellen in dem Artikel gestrichen und ließ den „Volkswille“ beschlagnehmen. Diese neue Identität des Prager Journals wird sicherlich dazu beitragen, das schöne Wort „Demokratie ist Diskussion“ verständlicher zu machen.

Sramek verteidigt sein Ministerium

gegen die geforderte Aufhebung.

Als dritter Minister sprach am Mittwoch in der Budgetdebatte Amstizierungsminister Sramek. Gegenüber der Meinung Mayr-Hartings, daß die vom Ministerium in Aussicht genommenen Arbeiten auch in den Reformministerien bearbeitet werden könnten, denen man bloß einen Sachverständigen für ungarisches Recht beizugeben brauche, führt er an, daß man so viele Sachverständige gar nicht habe, um den ganzen Verwaltungsapparat mit ihnen zu versehen. Gerade deshalb sei aus den vorhandenen Sachverständigen seinerzeit ein einziges Zentralamt geschaffen worden. Die Hauptursache, daß die Umgestaltung der Gesetzgebung so langsam von statten geht, sei darin zu suchen, daß man dabei das Recht, sei darin zu suchen, daß man dabei das Recht auch gleich weitgehend reformieren wolle. Durch eine vorausgehende einfache Umgestaltung könne man auch die Lösung der Amstizierungs Reformen erleichtern. Ein anderer Grund des langsamen Tempos liege in einer gewissen Rivalität, da die Rechtsministerien sich sträuben, dem Amstizierungsministerium eine Vorlage zu überlassen, obwohl sie mit anderen Arbeiten überhäuft sind.

Der heilige Paulus und die Nationalitätenfrage.

Ein heiterer Zwischenfall ereignete sich Mittwoch im Budgetausschuss bei der Rede des Justizministers Dr. Rejzner. Dieser reagierte auf die Forderung Mayr-Hartings, daß jeder Staatsbürger nur vor einem Richter seiner eigenen Nation gestellt werden solle und erklärte sie für bedenklich, da man dann bei jedem Gefährde den Nationalen Selbsterklärung durchzuführen müßte und die Einseitigkeit der Rechtsprechung darunter leiden würde. Das Mißtrauen in die Angehörigen der anderen Nation müßte den Verfall der ganzen Justiz zur Folge haben.

Dabei machte nun der anwesende Minister Sramek unter allgemeiner Heiterkeit Herrn Mayr-Harting darauf aufmerksam, daß seine Be-

In Japan gärt es.

Tokio, 18. Jänner. (Reuter.) Die Behörden haben die Verfügung, durch die die Veröffentlichung irgendwelcher Nachrichten über die Ende Oktober v. J. aufgedeckte kommunistische Verschwörung in der Presse verboten wurde, aufgehoben und nunmehr Einzelheiten über die zur Zeit der Aufdeckung der Verschwörung vorgenommene Verhaftung von 2000 Personen bekanntgegeben. Es wird angedeutet, daß diese Verschwörung einen Umsturz der sozialen Ordnung anstrebte. Die Massenverhaftungen wurden im Anschluß an das Verhör dreier Männer vorgenommen, die bei dem Angriff auf eine Bank in Umori unweit Tokio festgenommen werden konnten. Diese Verhafteten verrichteten Ort und Stunde einer bevorstehenden wichtigen Konferenz der kommunistischen Führer. Die gut ausgerüstete Polizei spürte die Verschwörer auf und verhaftete nach einem hartnäckigen Kampfe, bei dem vier Polizisten verletzt wurden, 11 Männer. Es wird mitgeteilt, daß Ende vorigen Jahres unter den radikalen Elementen in Tokio allein insgesamt etwa 7000 Personen verhaftet wurden. Es handelt sich vorwiegend um junge Burschen und Mädchen, von denen viele aus reichen Tokioter Familien stammen.

Nach Meldungen amerikanischer Blätter aus Tokio ist die japanische oppositionelle Partei Seijukai, die im Abgeordnetenhause eine starke Position hat, in scharfer Opposition zur Saito-Regierung und bekämpft das Programm der Regierung hinsichtlich der Ereignisse in China sowie auch hinsichtlich verschiedener innerer Angelegenheiten. Die Blätter denken an, daß die Opposition im Laufe der Samstag beginnenden Parlamentstagung auf den Sturz der Regierung hinarbeiten werde.

Die Kämpfe gehen weiter.

Beiping, 18. Jänner. Die Japaner bombardierten gestern einzelne Züge der chinesischen Guerilla-Abteilungen in der Nähe der Stadt Kaifu in der Provinz Jehol. Nach hier eingegangenen Meldungen waren japanische Flugzeuge auf das Hauptquartier des Generals Kentschahai Bomben ab. Aus chinesischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Stadt Kaifu an einigen Stellen brennt, daß es aber den japanischen Fluggeschwadern nicht gelungen ist, die Kavallerie-Angriffe auf die irregulären Einheiten der vorgeschobenen japanischen Streitkräfte und auf die Lebensmittel- und Munitionszüge der Japaner anzuführen.

Nazi Kerri läßt kaiserlich laggen.

Ein Nazi-Bekennnis zu Schwarz-weiß-rot im Preussischen Landtag.

Berlin, 18. Jänner. (SDZ) Anlässlich der Reichsgründungsfeier ist im preussischen Landtag ein Flaggenzwischensfall entstanden. Präsident Kerri hat, einem Entzage der Deutschnationalen entsprechend, auch die schwarz-weiß-rote Flagge auf dem Gebäude des Landtages und dem des ehemaligen Herrenhauses hissen lassen. Zugleich wurde die preussische Farbe schwarz-weiß und die Reichsflagge schwarz-rot-gold gehißt. Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung begrüßte Präsident Kerri die Versammlung mit einer Gedankensprache zum Tage der Reichsgründung. Die Sozialdemokraten und Kommunisten verließen den Saal.

Als Abg. Jürgensen (Sozialdemokrat) einen Antrag gegen die Flaggenmaßnahme des Präsidenten einbringt, erhebt sich fortgesetzt Värm bei den Nationalsozialisten. Für die von den Sozialdemokraten verlangte Sitzungsunterbrechung stimmen außer den Antragstellern auch die Kommunisten, Staatspartei und Zentrum. Da diese Fraktionen nicht vollzählig vertreten sind, stellt Präsident Kerri fest, daß die Unterbrechung abgelehnt sei.

Die Futterkrippenwirtschaft der Barone.

Zu der fortgesetzten Aussprache zu den Schulanträgen wenden sich die sozialdemokratischen Redner gegen die „Ausbeutung der Sozialdemokraten und Republikaner aus der Kulturverwaltung“. Man könne heute nicht mehr gegen oder ohne die Arbeiterkassen regieren. Die Sozialdemokraten werden wieder kommen. Das demagogische Schlagwort von der Futterkrippenwirtschaft sei unter der Herrschaft der kommunistischen Regierung zur gigantischen Werkstätte geworden. Der Nationalsozialist Pauv erhält eine Rüge, als er erklärt, der Staat habe deshalb kein Geld, weil es ihm die Sozialdemokraten jahrelang gestohlen hätten.

Der Fall Eydoux.

Rom, 18. Jänner. (Via Draht.) Der im September 1932 wegen Spionageverdacht verhaftete französische Professor Eydoux ist jetzt dem italienischen Sondergericht zur Aburteilung übergeben worden. Ebenso die verhaftete Sekretärin Eydoux, Francklin Bonnesand. Eydoux ist Direktor der polytechnischen Hochschule in Paris und Spezialist für Brückenbau.

Offiziell wird erklärt, die Angeklagten hätten ihre Spionagetätigkeit eingestanden; außerdem seien belastende Dokumente bei ihnen gefunden worden. Der Fall Eydoux ist damit zu einer politischen Angelegenheit geworden und geeignet, die von dem französischen Vorkäufer neu angehabenen wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien zu stören.

Eine Erklärung Trozki's über das tragische Schicksal seiner Tochter.

Eine Drohung an Stalin, als den Schuldigen.

Das „Prager Tagblatt“ veröffentlichte gestern die deutsche Uebersetzung einer Erklärung, die Leo Trozki dem Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei zustellen ließ. Wir geben im Nachfolgenden einen Auszug aus dieser Erklärung wieder, die nicht nur die Unmenschlichkeit des Sowjet-Regimes an diesem Falle aufzeigt, sondern auch durch eiliche Wendungen und insbesondere durch den Schluppsatz Trozki's politischen Charakter besitzt.

Trozki stellt an die Spitze seiner Erklärung die Behauptung, daß sich schon unter dem „Liberalismus“ Stalins, der Ende 1930 der tuberkulösen Tochter Trozki's, Sinaida Wolkow, und ihrem fünfjährigen Sohne eine Kur-Reise in die Türkei gestattet, ein Hintergedanke verbarg. Ende 1931 erwirkte Trozki für seine Tochter die Einreiseerlaubnis nach Deutschland, der die ausländischen Sowjetvertretungen dauernden Widerstand entgegengefest hatten. In Deutschland erholte sich die Schwerkranke und hoffte, mit ihrem in der Türkei verbliebenen Söhnchen nach Sowjetrußland zurückzukehren zu dürfen, wo ihre zehnjährige Tochter geblieben war und ihr Gatte in der Verbannung gehalten wird. Aber am 20. Febrer 1932 erklärte ein Sowjetdekret, Trozki, seine Familie, seinen Sohn und seine Tochter der Sowjetbürgerrechte für verlustig. Da Frau Wolkow am politischen Kampfe keinerlei Anteil nahm, stellte sich dieser Entzug des Sowjetbürgerrechts, das übrigens auch dem sechsjährigen Knaben entzogen wurde, als ein purer sinnloser Raubakt gegen Trozki dar. Für die Schwerkranke vollends bedeutete die Unmöglichkeit, zu ihrer Familie zurückkehren zu können, einen schweren Schlag. Als es ein halbes Jahr später Trozki gelungen war, der Tochter das Kind zu bringen,

beschloß schon eine Woche darauf, die Polizei des Generals Schleicher, zweifellos in Folge von Intrigen der Stalinschen Agenten, meine Tochter aus Berlin auszuweisen.“ Dieser neue Schlag war für die Kranke unvorwindbar — sie beging, einunddreißigjährig, Selbstmord.

Der Darstellung der Todesbege gegen Frau Wolkow fügt Trozki die Geschichte seiner jüngsten Tochter bei, deren Mann von Stalin

nun schon fünf Jahre wie ein Verbannter eingesperrt gehalten wird und die, sechszwanzigjährig an galoppierender Schwindsucht starb. Trozki wirft den Sowjetisten vor, daß sie einen rein persönlichen Brief dieser jungen Tochter an ihn 70 Tage festhielten, so daß Trozki's Antwort erst nach dem Tode seines Kindes einlangte.

Trozki stellt zum Schluß „Stalins Bündnis mit der kapitalistischen Polizei“

gegen ihn selbst als politisches Ziel dar, während die Verfolgung seiner Tochter selbst des Schätzens eines politischen Sinnes entbehre. Er schließt seine Erklärung mit folgenden Worten:

„Die Aberkennung der Sowjetbürgerrechte, der Verlust der letzten ihr gebliebenen Hoffnung, in eine normale Umgebung zurückkehren und sich zu erholen und schließlich ihre Ausweisung aus Berlin (zweifellos ein Dienst der deutschen Polizei für Stalin) bildet politisch zwecklos alle nachher Rache — nichts weiter! Meine Tochter gab sich klare Rechenschaft ab über ihren Zustand. Sie erkannte, daß es für sie, in die Hände der deutschen Polizei geraten, die sie um Stalins Willen hegte, keine Rettung gab. Die Folge dieser Erkenntnis war ihr Tod am 5. Jänner 1933. Einen solchen Tod nennt man freiwillig. Nein, er war nicht freiwillig. Stalin hat ihr diesen Tod aufgezwingen. Ich begnüge mich mit dieser Erklärung ohne weitere Schlussfolgerungen. Für Schlussfolgerungen wird die Zeit kommen. Diese Schlussfolgerungen wird die wiedererstandene Partei ziehen.“

Die Anklage, die Trozki durch diese Erklärung gegen Stalin und die anderen Sowjetregierenden erhebt, ist ein ungewöhnliches Dokument von außerordentlicher Wirkungskraft zur Verleumdung der unmenschlichen, herzlosen und grausamen sowjetrussischen Methoden im politischen Kampfe. Was hier ein Vater erzählt, würde Mitleid und Empörung auch dann wecken, wenn es sich nicht um einen Menschen solch außergewöhnlichen Formats handelte, wie Trozki es besitzt. Da es sich aber um Trozki handelt, erhält dieses Dokument jedenfalls geschichtlichen Wert; ob es auch politische jeme Bedeutung haben wird, die Trozki selbst ihm zuschreibt, wird sich zeigen.

Neuer Husarenritt Papens gegen die Demokratie.

Halle, 17. Jänner. Reichskanzler a. D. von Papen hielt heute die Festrede auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms. Er führte u. a. aus: Der Kampf für die Wiedererlangung unserer äußeren Freiheit sei untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Korrektur des Notstandes von Weimar. Marxismus und Bolschewismus drohten, nicht nur Deutschland zu zerstören. Die vermeintlichen Kräfte der Demokratie könnten die Lage nicht meistern. Deutschlands Kampf um seine Gleichberechtigung sei nur zu führen durch eine Zusammenfassung der nationalen Kräfte im Sinne eines staatsbildenden Prinzips. Die Klassenkampfserien Fronten des Unternehmertums und der Gewerkschaften müßten verschwinden. Der neue Staat könne nur mit dem deutschen Arbeiter aufgebaut werden. Das Bekenntnis des Reichskanzlers von Schleicher zur allgemeinen Behehrpflicht werde ihm ganz Deutschland vom Herzen danken. Redner schloß mit dem Ruf: Zum Kampf mit Hindenburg um ein neues deutsches Reich.

Freitag Entscheidung?

Berlin, 18. Jänner. Der Pessimismus, mit dem die politische Lage gestern beurteilt wurde, hat heute etwas nachgelassen, denn die regen hinter den Kulissen geführten Verhandlungen, die seit gestern geführt werden und in denen Dugenberg, Hitler und der ehemalige Reichskanzler von Papen die Hauptpersonen sind, legen Zeugenschaft davon ab, daß immer noch ein Ausganspunkt gesucht wird, wie neue Wahlen unmittelbar zu verhindern wären. Ueber das Wesen dieser Beratungen ist nichts Gewisses bekannt, denn die Teilnehmer an ihnen haben einander gegenseitig Schweigen zugesagt. Klarheit — wenigstens zum Teile — wird der Freitag bringen, wo im Kabinettsrat des Reichstages die Nationalsozialisten gezwungen sein werden, zu sagen, ob sie damit übereinstimmen, daß der Michirauenantrag der Regierung Schleicher auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werde oder nicht.

Anschrei von Wissenden

Die „Schwarze Front“ Otto Straßers fällt das folgende Urteil über die NSDAP: „Aber auch abgesehen von dieser weltanschaulichen Beurteilung dieser volkszerstörenden Bege hat gerade die Hitlerpartei am wenigsten Ursache, anderen gegenüber das Schimpfwort „Untermenschen“ anzuwenden. Wir revolutionären Nationalsozialisten kennen aus einer fast dreijährigen häßlichen Verfolgung aus mehreren Tausend heimtückischer, gemeteter Mordüberfälle das Gesicht und das

Wesen dieser Partei und stellen vor aller Öffentlichkeit fest, daß keine Partei, keine Organisation Deutschland so infam, so gemein, so schrecklich, so feig, so schurkisch handelt wie die Hitlerpartei. (Da der Artikel gezeichnet ist, kann Herr Hitler als Vorsitzender der Partei folgen — der Wahrheitsbeweis wird in vollem Umfang angetreten!).“

Die Kommunisten legen die Einheitsfront.

Breslau, 18. Jänner. In der schlesischen Weberstadt Langenbielau ist der langjährige Parteisekretär der kommunistischen Partei, Grafalle, zur SPD übergetreten. Grafalle begründete seinen Antragsantrag in einer Kreiskonferenz der SPD, mit dem verlogenen Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten. Er berichtete, daß die Sekretäre der kommunistischen Partei noch während der letzten Wochen in mehreren vertraulichen Rundschreiben von der Berliner Parteileitung angewiesen worden seien, die Einheitsfrontlösung lediglich als Agitations-schlagwort zur Auspuffung der Arbeiter gegen die Eisernen Front zu benutzen. Ein Zusammengehen mit der SPD, in den Parlamenten, so sei weiter in dem Rundschreiben mitgeteilt worden, komme für die kommunistische Partei überhaupt nicht in Frage.

Ein Zwischenfall im amerikanischen Parlament

Washington. Der neuerliche Antrag des republikanischen Abgeordneten Mac Radde, den Präsidenten Hoover wegen seines Standpunktes zu den Verhandlungen über die Kriegsschulden in den Anklagezustand zu versetzen, wurde vom Repräsentantenhaus mit 342 gegen 11 Stimmen verworfen. Die Abstimmung war auf den Bänken der Demokraten und der Republikaner von einem riesigen Lärm begleitet.

Neue Bombenlunde in Spanien.

Barcelona, 18. Jänner. Aus dem benachbarten Städtchen Igualada wird berichtet, daß die Polizei eine geheime Werkstatt zur Herstellung von Bomben aufgedeckt hat. Es wurden etwa 3000 Bomben und einige Risten mit Explosivstoffen beschlagnahmt.

Genossen! Ihr müßt un-
ausgeleht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren!
Zeh! auch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, agitieren!
Genossen u. Genossinnen agitieren!

„Der Tag“ und die Marxistische Geschichtsauffassung.

Im nationalsozialistischen „Tag“ unternimmt Dr. Kr. den Versuch einer Widerlegung der marxistischen, also materialistischen Geschichtsauffassung. Dr. Kr. macht es sich allerdings sehr leicht und in kaum 20 Sätzen hat er, im Gegensatz zu Hunderten von Wissenschaftlern in den verschiedensten Nationen, denen das Kunststück noch nicht gelungen ist, den historischen Materialismus als eine „geklärte, kraft mechanische“, „de Geschichtsauffassung“ erkannt und erwiesen. Eine solche Fixiertheit läßt sich nur aus der Oberflächlichkeit erklären mit der Dr. Kr. zu Werke geht. Er zitiert zwei Sätze aus dem Vorwort von Karl Marx in dessen Kritik der politischen Ökonomie. Wir wollen etwas ausführlicher auf das Thema eingehen und zitieren zunächst die beiden Sätze in ihrem Zusammenhang. Marx sagt also in dem bezeichneten Vorwort:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, ober, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In den Betrockungen solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich tren zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ansprechen. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen erklären.“

Die in vorstehender wiedergabe hervorgehobenen Stellen sind es, die Dr. Kr. unvollständig zitiert; auf sie gründet sich seine Widerlegungstheorie. Dr. Kr. steht zum historischen Materialismus im Gegensatz, ohne daß er für eine andere Geschichtsauffassung tritt und deren Grundzüge jener des Marxismus entgegenseht. Er beschränkte sich also bescheiden nur auf negative Kritik. Wir können aber aus der Kr. seiner Argumentation darauf schließen, daß er seine Ablehnung des historischen Materialismus auf die idealistische Geschichtsauffassung stützt, also auf die Theorie, daß die Geschichte von den Ideen bestimmt wird. Wenn die Auffassung Dr. Kr. richtig ist, wie erklärt er dann den Verfall des Nationalsozialismus als einer vermeintlichen Idee, die in Deutschland den Gang der Geschichte bestimmen wollte, sich aber vom einfachen Gewissen eines Feldmarschalls abdrücken ließ und damit darauf verzichtete, ein geschichtsbildender Faktor zu werden? Wahrheitslieblich flüchtet Kr. in die religiöse Geschichtsauffassung und führt den Konflikt dieser Ereignisse statt auf die realen Tatsachen der Umwelt auf die Fügung Gottes und das Schicksal zurück. Dieser Hinweis ist aber auch wieder nicht stichhaltig. Dr. Kr. hätte gerade dieser Tage einen treffenden Beweis für die Richtigkeit der marxistischen Theorie in der Tatsache sehen können, wie sein Führer Jung das Dritte Reich als eine für lange Zeit undurchführbare Idee beweidmete, undurchführbar, weil der Versuch der Verwirklichung Deutschland nach Jung mit 15 Staaten in einen Krieg verwickeln würde. Das heißt vor realen Gegebenheiten kapituliert die Idee als bestimmender Geschichtsfaktor und unsere Nationalsozialisten betreiben ihre Politik so wie Marx sagt auf der „realen Basis“, welche die materiellen Tatsachen der Gesellschaft bietet.

Das Beispiel, das Marx in seinem oben erwähnten Vorwort vom „juristischen und politischen Überbau“ anwendet, versucht Dr. Kr. gleich dem Hinweis auf die wirksame Kraft im log. Unterbau, d. h. die wirtschaftlichen Verhältnisse, damit abzutun, daß er von der Ueberflichtigkeit der Widerlegung spricht. Karl Kautsky, der berühmte Interpret marxistischen Denkens, sagt hierüber in seinem ausgezeichneten, Dr. Kr. auf das angelegentlichste empfohlenen Werke „Die materialistische Geschichtsauffassung 1927, erster Band, Seite 811 ff. hierzu:

„Diese Kennzeichnung der Verhältnisse von Ökonomie und Bewußtsein durch das Wort vom ökonomischen Unterbau und ideologischen Überbau ist unter den Söhnen, in denen die materialistische Geschichtsauffassung formaliert wird, wohl der verbreitetste geworden, derjenige, der den tiefsten Eindruck gemacht hat, und als der Kernpunkt die-

Kaufkraft gilt. Und doch hat gerade dieser Satz Anlaß zu den heftigsten Widerspruch und Deutungen gegeben.

Das führt zum Teil vielleicht daher, daß Marx hier ein Bild gebraucht. Ein Gleichnis, auch das treffendste, hilft aber immer und führt denjenigen irre, der es zu wörtlich auslegt.

Marx vergleicht hier die Gesellschaft mit einem Gebäude, dessen Fundament die Ökonomie bildet, auf dem die luftigen oberen Stockwerke der Ideen ruhen. Die Gesellschaft als ein Gebäude zu bezeichnen, ist sehr üblich. Unter denen, die über gesellschaftliche Dinge schreiben, wird es kaum einen geben, der das Bild nicht schon einmal gebraucht hätte. Man muß sich aber dabei stets dessen bewußt bleiben, daß die Vergleichung nur in gewissen Grenzen zutrifft.

Ein Gebäude wird nach einem bestimmten, von einem Baumeister entworfenen Plan aufgebaut. Betrachtet man die Gesellschaft als ein Gebäude, so führt das zu utopischeren Denkwelt, gerade jener, die mit der materialistischen Geschichtsauffassung am wenigsten vereinbar ist. Es führt zu der Meinung, irgend ein Gesetzgeber könne einen vollkommeneren, als den bestehenden Gesellschaftsbau erfinden, planmäßig ausarbeiten und dann errichten.

Diese Auffassung war im klassischen Altertum allgemein und sie hat sich bis heute erhalten. Sie führt zu der lächerlichen Forderung, die von nicht wenigen Sozialisten und Antisozialisten an die Theoretiker des Marxismus erhoben wurde und oft noch wird, diese sollten einen Plan des „Zustandsbildes“ entwerfen, in dem für alle etwa auftretenden Schwierigkeiten von vornherein Vorkehrung getroffen sei.

Das ist das gerade Gegenteil der marxistischen Anschauung, die auf der Erkenntnis beruht, daß die Gesellschaft nicht aufgebaut werden kann, sondern daß sie einfach wird, sich entwickelt.

In dieser Beziehung könnte man sie eher einem tierischen oder pflanzlichen Organismus vergleichen, als einem Gebäude. Doch hat auch dieser Vergleich seine Gefahren, so die naheliegende Gefahr, in jedem gesellschaftlichen Organismus eine notwendige Aufeinanderfolge der Stadien der Kindheit, der reifen Vollkraft, des Alters und des schließlich Todes zu entdecken.

Die Gesellschaft ist ein Organismus eigener Art. Neben der schon erwähnten, bringt die Vergleichung der Gesellschaft mit einem Gebäude bei unfruchtlichem Denken noch eine andere Gefahr mit sich: die, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Zustande der Ruhe, nicht in dem der Bewegung zu betrachten.

Nach der Auffassung der Dialektik, die Marx und Engels annahmen, sind die isolierten Dinge an sich im Zustande der Ruhe überhaupt nicht zu erkennen. Nur ihre Bewegungen, das heißt ihre Veränderungen sind zu erkennen und diese nur im Verhältnis zu anderen Dingen. Ein Ding erscheint nur ruhend oder unverändert im Vergleich zu anderen Dingen, die sich neben ihm bewegen oder verändern.

Auch ein Gebäude ist in steter Bewegung begriffen, aber im Verhältnis zur Gesellschaft ist es im Zustande der Ruhe. So wie es aufgebaut ist, muß es stehen bleiben und die Veränderungen und Bewegungen, die an ihm vorgehen, sind unmerklich, wenn man sie mit denen vergleicht, die wir an einer Gesellschaft konstatieren können. Gerat ein Bauer auf in eine Bewegung, die wir merken, dann führt es auf ein Gebäude zu sein. Es wird ein Trümmerhaufen. Doch es sich durch eine Bewegung zu einer anderen Daseinsform als Gebäude entwickelt, ist ausgeschlossen.

Ganz anders ist die Daseinsform der Gesellschaft. Sie gebietet zu den beweglichsten, veränderlichsten Erscheinungen der uns zugänglichen Welt... Interessieren uns an einem Bauerwerk vor allem die Bedingungen seiner relativen Unbeweglichkeit und Standfestigkeit, so an der Gesellschaft die Bedingungen ihrer Bewegungen und Veränderungen. Wieviel fruchtbarer erweist sich z. B. die marxische Betrachtung des Kapitals in seinen Funktionen, Bewegungen, Wandlungen, Tendenzen, als die der gewöhnlichen Ökonomie, die es als isoliertes, ruhendes Ding erforschen will, sei es als Geld oder als Ware oder als Produktionsmittel.

Nur das Wort vom ideologischen Ueberbau, dem die ökonomische Struktur als materieller Unterbau gegenübergestellt wird, ist nicht durchschlaglich zu nehmen.

Man darf sich aber auch nicht, wie das öfter geschieht, grob materialistisch die Sache so vorstellen, als bestünde der Unterbau bloß aus materiellen Dingen, Maschinen, Werkzeugen, Rohstoffen, Eisenbahnen u. dgl., und der Ueberbau bloß aus wesenlosen Gedanken.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß in dem „materiellen Produktionskräfte“ nicht bloß Stoffe (sowie Kräfte) stehen, die die Natur liefert, sondern auch geistige Arbeit, die jenseits der materiellen Reichtümer in der Natur und die Art ihrer Ausnutzung ausmacht. Der ganze gesellschaftliche Reichtum, aber den die Menschheit verfügt und alle die Produktionskräfte, die ihr zu Gebote stehen, übertrifft das Ausmaß dessen hinaus, was sie schon im tierischen Zustande beherrscht, ist der Entwicklung ihres Willens zuzuschreiben. Und in ihrem Willensmoment ist der Reichtum der Gesellschaft viel mehr bestimmt durch die Höhe ihres Willens, ihrer geistigen Qualitäten, als durch die Menge von Dingen, die zu ihrem Gebrauch vorhanden sind.

Darauf wies schon vor hundert Jahren Thomas Hodgskin hin in seiner Schrift „Labour defended“ (London 1825, auch deutsch erschienen unter dem Titel: „Verteidigung der Arbeit“, Leipzig 1909). Marx gibt diese Gedankengänge Hodgskins zustimmend wieder im dritten Band seiner „Theorien über den Mehrwert.“ So weit seine Theorie über den Mehrwert. So weit seine Theorie über den Mehrwert. So weit seine Theorie über den Mehrwert. So weit seine Theorie über den Mehrwert.

Die Nationalsozialisten unstreitig das ungeringste Objekt ihrer Widerlegungskünste. Das Werner Sombart und anderen nicht gelang, Herr Dr. K., das wird Ihnen auch nicht gelingen. Hier werden Sie Ihre Illusionen wohl oder übel begraben müssen. Der Nationalsozialismus ist eben keine Wissenschaft, er hat weder eine eigene Geschichtsauffassung noch ist er eine Weltanschauung. In Deutschland sind eben einige Millionen Menschen daran, sich in diesen Wochen darüber klar zu werden. Und je mehr Klarheit, desto weniger Nationalsozialismus.

Die Finanzmisère der Selbstverwaltungskörper.

Die Länder relativ günstig daran. — Das Schmerzenskind sind die Bezirke.

Prag, 18. Jänner. Im Budgetausschuß besaßte sich Innenminister Cerny ausführlich mit der finanziellen Situation der Selbstverwaltungskörper, die, wie er zugab, sehr drückend ist. Allerdings müsse man hier die Länder einerseits und die Bezirke und Gemeinden andererseits wohl auseinanderhalten.

Die Finanzen der Länder wurden noch durch die letzten Gesetze saniert und sie haben auf Grund dieser Finanzbasis doch eine gewisse Bewegungsfreiheit, wenn auch eine mäßige Entlastung der Länder derzeit nicht möglich sei.

Drückend sei für einige Länder das Problem der Verschuldung. Defizite in den Budgets der Länder zeigen sich alljährlich, trotzdem die Regierung den Ländern die Einhebung von Zuschlägen in dem höchstzulässigen Ausmaß gestattet. Das sind aber in der Regel nur Defizite in der Investitionswirtschaft, die mangels einer laufenden Bedeckung durch Kreditoperationen zu decken unfähig ist; deshalb werden diese Abgänge keine Reformsorge.

Die Abgänge im Investitionsbudget betragen für 1933 in Böhmen 69, in Mähren-Schlesien 35, in der Slowakei 104 und in Karpatenrußland 12 Millionen. Die laufende Budgetwirtschaft entwickelt sich bei den Ländern im allgemeinen bestfrohigend. In den Rechnungsbüchern für 1931 zeigten sich sogar Ueberschüsse von rund 627 Millionen.

Weit ärger sind jedoch die Verhältnisse in den Finanzen der Bezirke.

Die größten Schwierigkeiten zeigen sich bei den Bezirken in Böhmen, wo die Selbstverwaltung in langjähriger Entwicklung zur vollen Entlastung gekommen sei. Auch nach der Verteilung der Zuschüsse aus dem Ausgleichsfonds blieben nach den Rechnungsabläufen für 1931 folgende von den Landesbehörden anerkannte Abgänge ohne Deckung: in Böhmen 57, in Mähren-Schlesien 37, in der Slowakei 21 und in Karpatenrußland 04 Millionen Kronen. Für das Jahr 1932 werden die Ergebnisse noch ungünstiger sein.

Nach den vorläufigen Berichten aus 88 böhmischen Bezirken sind für 1932 106 Millionen ohne jede Bedeckung. Die Verschuldung der Bezirke erreicht eine Höhe von rund anderthalb Milliarden (darunter Böhmen 1165, Mähren-Schlesien 257).

Ein Zinsendienst von 65 Prozent würde rund 93 Millionen, das ist die Hälfte aller Bezirkszuschläge zu den staatlichen Steuern ausmachen.

Die Voranschläge der Gemeinden weisen in Böhmen ein Defizit von 61, in Mähren-Schlesien von 29, in der Slowakei von 84 und in Karpatenrußland von 2 Millionen auf. Das Problem, wie man die Finanzsituation der Bezirke und Gemeinden auf ein erträgliches Maß bringen könne, müsse das Parlament lösen.

denn die schönsten Gedanken in dieser Richtung werden davon abhängig sein, ob sie der Finanzminister realisieren kann.

Schon eine Zinsfußherabsetzung um ein Prozent könnte für diese Verbände eine große Erleichterung und gewisse Reserven schaffen. Eine zweite Reserve würde in den rückständigen Zuschlägen bestehen, wenn sie eingetrieben werden könnten. Ein Prozentsatiger Bezirkszuschlag zu den direkten Steuern könnte in Böhmen und Mähren einen bedeutenden Teil der Bezirke finanziell gesund machen, aber es sei die Frage, ob die Wirtschaft diese neue Belastung ertragen würde. Die Sache muß daher gut überlegt und Garantien gegen einen Mißbrauch dieser Zuschläge gegeben werden.

Alle wie immer gearteten Maßnahmen zur Sanierung der autonomen Finanzen werden von der Bevölkerung Opfer verlangen. Es sei daher selbstverständlich, daß auch die Gemeinden und Bezirke ihre Ausgaben den ändernden wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen müssen.

Zur Reform der politischen Verwaltung

erklärte der Minister, daß die Zeit noch zu kurz sei, um sich ein Urteiles, aber gerechtes Urteil über die Verwaltungsreform zu bilden. Das Grundprinzip der Abschaffung des „Doppelten Geleises“ sei aber gut gemeint. Die Beschwerden haben, soweit sie berechtigt sind, hauptsächlich ihre Ursache in den finanziellen Schwierigkeiten der Bezirke und Gemeinden; letztere seien aber nicht durch das Gesetz Nr. 125, sondern durch die Finanzkrise verursacht, die den Staat und die Selbstverwaltungskörper ergriffen hat. Soweit die vorgebrachten Beschwerden einzelne Gemeinden betreffen, werde er sie untersuchen lassen; er ist überzeugt, daß sich dabei niemals dörfer Wille als Ursache herausstellen wird; einen solchen könnte die Verwaltung auch nicht eine Stunde dulden.

Gendarmerte und Polizei

Bezüglich des Kapitels „Gendarmerte und Polizei“ erklärte der Minister, daß diesen Organen die Aufgabe einer Armee der inneren Sicherheit und Ordnung übertragen sei, also eine äußerst verantwortliche Sendung. Polizei und Gendarmerte müsse sich darauf beschränken, Schädler des Lebens und des Eigentums der Bürger zu sein, müsse aber gleich-

zeitig auch der Freund und Berater des Volkes sein. (Von diesen idealistischen Zuständen sind wir allerdings noch sehr weit entfernt! D. R.) Er gibt zu, daß die politischen Konzeptbeamten auch der psychologischen Seite des Parteienverkehrs Aufmerksamkeit schenken müßten, dann würden zahlreiche Beschwerden entfallen.

Die Schwermütigkeit der Verwaltung

führt der Minister vor allem darauf zurück, daß eine unglücklich große Zahl von Eingaben an die Behörden keineswegs einem wirklichen Bedürfnis der Geschäfteller entspreche; dadurch würden die Beamten von wichtigeren Dingen abgehalten. Eine weitere Ursache sei die noch nicht durchgeführte Umfirmierung der Rechtsnormen.

Waffengebrauch erst nach gewissem zeitlichen Abstand vom ersten Gedanken.

Was die Beschwerden über den allzu häufigen und unberechtigten Waffengebrauch durch Gendarmerte betreffe, so erklärte der Minister, er könne über diese ersten Dinge keinesfalls mit Begeisterung sprechen.

Man müsse darauf hinwirken, daß der Gendarm im äußersten Fall sich erst nach ruhiger Ueberlegung entscheide und auch erst in einem gewissen zeitlichen Abstand von dem ersten Gedanken daran.

Das Ministerium hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, stappweise keine gewisse Stufenleiter der Mittel festzusetzen, die erst erschöpft werden müssen, bevor man zu dem äußersten Mittel greift. Doch dabei die Schwere nicht auf andere als auf die im Gesetz vorgeschriebene Weise gebraucht werden dürfe, sei selbstverständlich.

Sprachenpraxis

Den Vorwürfen, daß das Innenministerium in sprachlichen Dingen allzu ängstlich sei, begegnete der Minister mit dem Hinweis, daß sich das Ministerium dabei allein nach den Gesetzen und Verordnungen richte. Anzusehen wäre er zwar, wenn man in wirtschaftlichen Dingen in sprachlicher Hinsicht ein möglichst großes Entgegenkommen zeige, was überdies bereits geschehe.

Was die Schwierigkeiten bei der Verteilung der Staatsbürgerrechte betreffe, so müsse sich jeder Staat gegen unwillkommene Ausländer wehren. Im Jahre 1932 sind von 10.875 Gesuchen um die Staatsbürgerrechte 86,5 Prozent günstig erledigt worden; man könne also nicht von übergroßer Strenge sprechen.

Monarchistische Staatspensionäre der deutschen Republik.

5000 deutschnationale Junker plündern das deutsche Volk aus.

Das „Prager Tagblatt“, dem man wahrhaftig keine Antipathien gegen den reaktionären Kurs in Deutschland unterstellen darf, beschloß sich dieser Tage in seinem Leitartikel mit der Rebellion der preussischen Junker gegen das Kabinett Schleicher. In diesem Artikel läßt das „Pr. Tagbl.“ einen Reichsdeutschen zum Worte kommen und schreibt:

Ein eher konservativ gesinnter Reichsdeutscher, ein scharfer Gegner der gewesenen Sozialisten-Herrschaft in Deutschland. (Wann hat es eine solche in Deutschland gegeben? Ann. d. R.) sagte kürzlich: „Die großen Grundbesitzer in Deutschland, die tonangebend sind für die deutschen Reichsparteien und deren Schlichter der Reichspräsident Hindenburg entstammt, die als Herren der Reichswehr zur Zeit die Herren von Deutschland sind, zählen nicht mehr als vielleicht fünftausend Mann, wahrscheinlich weniger. Wenn das Reich leben von ihnen eine Leibrente von 10.000 Mark jährlich — vereerblich durch fünfzig Jahre aussetzen würde, so würde das jährlich 50 Millionen Mark kosten, geradezu ein Pappentitel gegenüber dem heutigen Zustand. Man läßt sie auf „ihren“ Gütern wirtschaften, man hat sie durch die Infation von ihren Schulden zu Lasten der christlichen Sparer befreit, man hat den Export nach Holland, Dänemark, Polen und anderen Ländern für ihre Sonderwünsche gefährdet oder geopfert, man hat Tausende von Arbeitern brotlos gemacht, um ihre manchmal geradezu verrückten Zollwünsche zu erfüllen, man hat die häßlichen Margarineerzeugnisse, hat der billigen Molkereibutter eine teure Mischung mit inländischer Butter zu schluden, aber das alles war zu wenig. Die Großgrundbesitzer, ein im ganzen nicht unsympathischer Menschenstamm,

An die Kolporteurs der „Bunten Woche“.

Wir teilen unseren Kolporteurs und Verschleißern mit, daß die Nr. 2 der „Bunten Woche“ leider vergriffen ist, und daher auch nicht nachgeliefert werden kann.

Wir ersuchen, Bestellungen für die Nr. 5 bis Samstag, den 21. d. M., aufzugeben. Auch für die nächstfolgenden Nummern sind die Bestellungen immer bis Samstag für die in der nächsten Woche erscheinenden Nummer aufzugeben, da Nachsendungen verspätet eintreffen.

Die Verwaltung „Bunte Woche“.

Schnelle Hilfe für die Gemeinden tut not!

Mittwoch, den 18. Jänner, fand im Teplitzer Rathaus eine Konferenz der Gemeindefinanzreferenten statt, welche von ca. 50 Vertretern der Gemeinden besetzt war und sich mit der Finanzlage der Selbstverwaltungskörper beschäftigte. Die Tagung, die vom Bürgermeister Pözl eröffnet und geleitet wurde, nahm vor allem den Bericht über die tags zuvor in Prag stattgefundene Vorgesprache der Vertreter des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper entgegen, die bei den entscheidenden Ministerien Hilfe für die Gemeinden gefordert hatten. Die Verbandsvertreter verlangten vor allem Befreiung der einschränkenden Bestimmungen bei der Feststellung der Umlagen, Erleichterungen für den Schuldenzins, fluglose Zuweisung der Umlagen, eine liberale Handhabung beim Abzug von Umlagenübergrößen, Vorschüsse auf Umlagen und erhöhte Zuweisungen aus den Erträgen der Umsatz- und Luxussteuer. Weiter ein Programm für Konsumarbeiten. Die Forderungen schloßen mit dem dringenden Wunsch auf sofortige Einberufung der Kommission für Gemeindefragen.

Die Antwort des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und des Innenministers lassen erkennen, daß man in Prag wohl Verständnis für die Notlage der Gemeinden hat, aber keinen Ausweg aus den finanziellen Schwierigkeiten weiß. So weit es den Staat nichts kostet, will man offenbar den Forderungen des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper gern entgegenkommen, darüber hinaus wurde keine einzige bestimmte Zusage zu den einzelnen Forderungen gemacht.

Die sich an den Bericht über diese Vorgesprache anschließende Debatte brachte keine wesentlichen Anregungen oder Vorschläge, so daß man sich auf die bereits vorgebrachten Forderungen des Verbandes beschränkte, für deren Verwirklichung der Verbandsvorstand und die Verbandskanzlei alle Vorbereitungen schaffen soll.

Nachmittags beschäftigte sich die Konferenz mit dem Gehaltsabhangeseh, wobei vor allem darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Bestimmungen des Gesetzes für alle Gemeinden bindend seien und an eine Umgehung des Gesetzes im Interesse der Gemeinden nicht gedacht werden kann.

Monarchistische Staatspensionäre der deutschen Republik.

5000 deutschnationale Junker plündern das deutsche Volk aus.

die tapfersten und opfermütigsten Offiziere der Welt, die saubersten Verwaltungsoffiziere, um die Deutschland beneidet wurde, konnten sich trotz aller Milliardenzuschüsse des arbeitenden und darbenenden Volkes nicht erhalten.

Sie tapferierten sich darauf, ihre Betriebe selbst zu verwalten, sie können nicht kalkulieren, nicht einkaufen, nicht verkaufen, kurz, sie bleiben auch in der neuen Republik, was sie immer gewesen sind: Staatspensionäre, oder Staatspensionäre, die nicht bloß ihr Leben kränken wollen, sondern auch die Defizite ihrer grundfalsch verwalteten Großbetriebe und einer Repräsentation, die in unser Zeitalter nicht mehr hineinpaßt, der Allgemeinheit auflastet. Im laufenden Jahr sind es sicherlich

drei Milliarden Reichsmark, für das Doppelte des Versailles-Vertrags,

die die Großgrundbesitzer schon jetzt erhalten, abgesehen von der Schädigung der deutschen Kaufkraft, deren Kosten sich schwer berechnen lassen.

5000 Stück dieser deutschnationalen Edelmenschen, denen die Republik ein Stachel ist, kosten dem deutschen Volk in einem Jahre drei Milliarden Reichsmark, das sind 24 Milliarden Ké. Jeder einzelne von ihnen also 600.000 Reichsmark, oder 4.800.000 Ké. Jeder Einwohner der deutschen Republik hat im Jahr 50 Reichsmark oder 400 Ké an diese Blutsauger zu zahlen. Was das deutsche Volk für 5000 Junker aufbringen muß, entspricht dem durchschnittlichen Lohnverkommen von zwei Millionen Arbeitern!

Das sind die nationalen „aufbaumündigen Kräfte“, die das deutsche Volk äger ausplündern, als es die Feinde Deutschlands tun!

Morphium 1918-1933.

10.000 Ampullen in Berlin beschlagnahmt.

Berlin, 18. Jänner. Beamte des Dezernats zur Bekämpfung des Rauschgifthandels haben gestern bei einem Spediteur annähernd 10.000 Ampullen Morphinum beschlagnahmt. Bereits vor einiger Zeit war den Beamten zu Ohren gekommen, daß im Westen Berlins größere Mengen Morphinum von einem unbekannten Mann in den Handel gebracht wurden. Gestern Abend gelang es den Beamten, einen Mann in einem Café in der Nähe des Bahnhofes Zoo festzunehmen, der zweifellos mit diesem verbotenen Handel in Verbindung steht. Dieser wurde bei einem Spediteur eine Liste mit ungefähr 10.000 Ampullen Morphinum entdeckt. Der Spediteur gibt an, daß ihm vor etwa 10 Jahren von einem unbekannten Mann diese Liste übergeben worden sei. Die Liste lagerte bei dem Spediteur, ohne daß die-

fer — wie er angab — eine Ahnung von ihrem Inhalt hatte. Erst vor zwei Jahren habe ihm der von den Beamten festgenommene Mann darauf aufmerksam gemacht, daß Kinder auf dem Hofe mit Morphinum-Ampullen spielten. Sie hätten dann die Rüste genau untersucht und auch das Morphinum gefunden. Beide hätten dann den Plan gefaßt, sich durch den Handel mit dem Rauschgift einen lohnenden Nebenverdienst zu verschaffen.

Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß das Morphinum aus Heeresbeständen vom Jahre 1918 stammt.

Der Kaufmann und der Spediteur werden heute dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt werden.

Tagesneuigkeiten

Auflehnender Selbstmord eines Berliner Gelehrten.

Beweggrund unbekannt.

Berlin, 18. Jänner. Im Hause Hohenzollernring 118 in Spandau, einem dreistöckigen Gebäude, erfolgt heute nachts um halb zwölf Uhr in der Wohnung des Dozenten Dr. Werner Schulte eine Gasexplosion, durch die die etwa fünfzehn Zentimeter starke Wand, die die Küche des Wohnungsinhabers von den Bäderräumen des Nachbarzimmers trennt, völlig eingedrückt wurde. Der 53jährige Dozent wurde schwer verletzt aufgefunden; er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb. Wie einwandfrei festgestellt wurde, hat Doktor Schulte in selbstmörderischer Absicht die Gasbombe geöffnet. Bereits im vorigen Jahre hat der Dozent mehrfach Selbstmordabsichten geäußert. Es war jedoch nie herauszubekommen, welche Gründe ihn dazu bewegten. In wirtschaftlicher Not soll sich Dr. Schulte nicht befinden haben.

Durch die Explosion wurden auch Fensterkreuze aus der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße geschleudert. Die Feuerwehre mußte durch die eingebrochene Wand in die Wohnung eindringen, da die Eingangstür verschlossen war, und konnte nur unter eigener Gefahr den Schwerverletzten bergen; denn ein Teil der Einrichtung war bereits von den Flammen ergriffen worden, die jedoch bald gelöscht werden konnten.

Dr. Robert Werner Schulte war Leiter des psychologischen Instituts der preussischen Hochschule für Leibesübungen. Er war einer der Pioniere und Wegbereiter der Psychotechnik und Vorkämpfer der Zusammenarbeit von Psychologie und Medizin, besonders auf sozialhygienischem Gebiet, er ist der Verfasser zahlreicher Bücher, Einzelarbeiten, Aufsätze und Vorträge und Mitarbeiter an einer Reihe von wissenschaftlichen Kulturfilmen gewesen. Seit 1926 war er Herausgeber der Zeitschrift „Psychologie und Medizin“ sowie Mitherausgeber verschiedener anderer Zeitschriften.

Blutiger Film der Wirklichkeit.

Drei Tote in Hollywood.

Hollywood, 18. Jänner. (Reuter.) Heute früh verbreiteten sich Gerüchte, daß in der Nacht drei Personen während des Kampfes der Gangster mit den örtlichen Alkoholhändlern erschossen wurden. Die Gangster aus den östlichen Staaten wollten angeblich versuchen, den geheimen Alkoholhandel in der Filmstadt voll zu beherrschen. Die Polizei verhaftete einen bewaffneten Alkoholhändler aus Hollywood, der erklärte, er sei von den Gangstern aus dem Osten bedroht worden.

Kleine Ursache — tragische Wirkung.

Auffig, 18. Jänner. Am 10. Jänner d. J. schaukelte der 13jährige Schüler Ferdinand Schöffelt aus Schönbrunn mit seinem Freunde vor der Turnhalle in einem diesigen Turnverein in Abwesenheit des Turnleiters auf den Ringen. Sein Kamerad ließ dazwischen und stieß mit dem Kopf an das Rasenbein Schöffelts. Schöffelt fiel aus den Ringen und blutete stark. Er ist nun der ersten Verletzung und der starken Blutung erlegen.

Raubmord in Prag.

Die Polizeikorrepondenz teilt mit: Witwisch, den 18. ds., zwischen 15 und 16 Uhr wurde die 62jährige Franziska Halamová geb. Bocásková, Witwe nach einem Revisionsschlosser der ehemaligen Buktschader Bahn, in ihrer Wohnung in dem Hause 191 auf der Závěra in Smíchov, das einst neben der von Smíchov nach Hostivice führenden Bahn und neben dem Grundbesitz nach Konavka liegt, in einer Kammer hinter dem Bohnraum in einer Blutlache mit zerstücktem Schädel tot aufgefunden. Die Leiche wurde von Bewohnern des Grundbesitzes aufgefunden, die durch den aus der Wohnung der Halamová aufsteigenden Rauch aufmerksam gemacht wurden. Der Rauch stammte von dem glimmenden Kleid, das die Halamová

trug. Offenbar liegt ein Raubmord vor. In dieser Richtung werden weitere Nachforschungen angestellt. Zur kritischen Zeit betrat dort ein unbekannter junger Mann mit rundem Gesicht, von mittlerer Statur, der einen dunklen Anzug und einen dunklen breiten Hut trug. Er war ohne Winterrock und nur mit einem zweireichigen Sakko bekleidet.

Der Brünner Falschmünzer.

Die Brünner Polizei nahm gestern in der Wohnung des Brünner Falschmünzers B. Juráček in Königsdorf neuerlich eine Hausdurchsuchung vor, wobei ein photographisches Negativ einer Kronenmarke gefunden wurde, woraus man schließt, daß er auch die Absicht hatte, Marken zu fälschen. Der Falschmünzer, der bekanntlich mit seinem Bruder in Munkacs verhaftet wurde, wird in den nächsten Tagen gleichzeitig mit seinem Bruder nach Brünn gebracht werden.

Karlsbad-Besuch um 10.000 gesunken!

Aus Karlsbad wird uns berichtet: Nach der nunmehr beendeten Statistik über den Besuch Karlsbads durch Kurgäste im Jahre 1932 bezieht sich die Besucherfrequenz des Kurortes gegenüber dem Jahre 1931 auf insgesamt 9589 Personen. In entsprechendem Ausmaße ist auch die Zahl der verabreichten Bäder zurückgegangen. 29.500 Personen nahmen die Beauftragung der seit einigen Jahren eingeführten Fahrpreisermäßigung für die Rückfahrt bis zur tschechoslowakischen Staatsgrenze in Anspruch, ein deutlicher Beweis des Anlaufes, den diese Einführung in der Öffentlichkeit gefunden hat. An dem Berichte über den Verlauf der vergangenen Kuraison wird festgestellt, daß infolge der Wirtschaftskrise im Jahre 1932 von der Abhaltung eines internationalen ärztlichen Fortbildungskurses in Karlsbad Abstand genommen und daß die üblichen Sport- und Feiertage ebenfalls nicht abgehalten wurden. — Interessant ist, daß eine Mitte Juli vorgenommene Besucherzählung ergab, daß an dem Tag der Zählung 36.973 Besucher Thermalwasser getrunken wurden.

Japanische Nähmaschinen-Bürmer.

Tokio, 18. Jänner. (Reuter.) Zweihundert Japaner unternahmen einen Angriff auf die Filiale „Singer“ Nähmaschinen-Gesellschaft und vernichteten fast die gesamte Einrichtung. Die Polizei konnte zu spät ein und konnte die Schäden nicht mehr

Zodesurteil für Manteldiebstahl!

Unmenschliche Sowjet-Justiz.

Das „Gericht für wirtschaftliche Sabotage“ in Moskau hat zwei Arbeiter, die zwei Pelzmäntel gestohlen haben, mit dem Tode bestraft. Das Urteil ist vollstreckt worden.

In Penningrad gibt es eine Textilfabrik die hauptsächlich pelzgefütterte Wintermäntel für GPM-Beamte in Schürten und für sowjetische Artillerie-Expeditionen herstellt. Die friedlichen Arbeiter von Penningrad sehen nur in kalten Fällen die schönen Erzeugnisse dieses Textilwerkes. Die Arbeiter Odrinski und Kogosin hatten schon seit zwei Jahren von ihrer Kooperative warmen Wintersachen angefordert, aber nicht bekommen. Im strengen Penningrader Frost mußten sie im Sommermantel zur Arbeit gehen. Eines Tages hörte Odrinski von einem Vorarbeiter, wo ein schönes warmes Mantel nach ihrer Fertigstellung geschickt werden: in das Ausrichtungslager der Artillerie-Expeditionen an der russisch-finnischen Grenze. Und da kam dem kriegstenden Odrinski eine Idee. Am nächsten Tag erschien er und Kogosin nicht mehr zur Arbeit. Beide waren ins Ausrichtungslager gefahren. Hier zeigten sie folgenden geschicklichen Brief vor:

„Das Moskauer Artilleriebüro bittet, den beiden kriegstenden Odrinski und Kogosin, die mit unserer Expedition nach dem Norden fahren, genügend warme Sachen anzuliefern.“

Unterschiedet war das Schreiben mit der geschicklichen Unterschrift des bekannten Artillerieoffiziers Professor Samilow'sch.

Odrinski und Kogosin bekamen ihre warmen Sachen. Sie waren glücklich als sie die schönen Pelzmäntel anzogen und als sie auch noch ein paar herrliche Stiefel in Empfang nehmen durften. Sie erzählten dem Lagerverwalter begeistert, daß er das

verhindern. Nichtsdestoweniger wurden etwa 100 Personen von ihr verhaftet. Zur Zeit des Angriffes befand sich das ausländische Personal außerhalb der Kanzlei beim Mittagessen. Dieser Angriff wurde durch die Unzufriedenheit der Angestellten der Gesellschaft bezüglich der Kündigungstermine ihrer Verträge hervorgerufen.

Gefängnisstrafe wegen Bridge-Spielerinnen im ungarischen Parlament.

Budapest, 18. Jänner. In der letzten Zeit ist die Hauptstadt von einer Spielleidenschaft in den öffentlichen Lokalen erfaßt. In amtlichen Stellen wurden gestern Befürchtungen ausgeprochen, daß diese Leidenschaft durch die wachsende Vorliebe unterstützt wird. Tag und Nacht in den Kaffeehäusern zu sitzen, die ständig namentlich von dem Kartenspiel erackenen Frauen überfüllt sind. Dem Parlamente wird deshalb ein Gesetzesentwurf vorgelegt, durch den Frauen, die in öffentlichen Lokalen beim Bridge-Spiel betreten werden, mit Gefängnis bestraft werden.

Die Fliegerin Bailey verunfallt?

Paris, 18. Jänner. Von der englischen Fliegerin Lady Bailey, die bekanntlich zu einem Fluge London-Kapsbad aufstiegen war, um den Rekord der Frau Robinson zu schlagen, und die am Sonntag Abend Oran in der Richtung gegen die Sahara verließ, liegen seit dieser Zeit keine Nachrichten vor. Da die Fliegerin ermüdet war und entgegen dem ausdrücklichen Rat des Arztes in Oran um Weiterfluge harrierte, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie irgendwo notlanden mußte oder daß ihr ein Unglück zugestoßen ist. Gestern wurde den ganzen Tag von zwei französischen Fliegern ergebnislos nach ihr gefahndet. Die Nachforschungen werden heute sowohl vom Norden wie vom Osten aus fortgesetzt werden.

Unglückliche Soldaten. Vor nunmehr einem Jahr hat man auch bei den „zuständigen“ Stellen viel über die Soldaten-Selbstmorde gesprochen; es wurde sogar eine ministerielle Kommission gegründet, die darüber zu machen hat, daß die Mannschaft nicht zu sehr schikaniert werde und der Herr Präsident hat persönlich in die Behandlung dieses bei uns immer ärger werdenden Problems eingegriffen. Selbst die kunstvollsten Militärjuristen sind nicht über die Tatsache hinausgekommen, daß von tausend Eingekerkerten einer Selbstmord begeht. Vielleicht die Zivilbevölkerung das gleiche Tempo ein, dann müßten jährlich an die vierzehntausend Tschechoslowaken Selbstmord begehen. Gerade die letzten Wochen haben wieder eine Ueberfülle von unglücklich verliebten Vaterlandsverweidigern gebracht; es was nicht etwa nur das neunte Regiment in Boderlam (desentwegen der Herr Verteidigungsminister interpelliert wurde), es war wieder die Slowakei, einmal Brünn und immer wieder kamen junge Menschen um, die — unglücklich verliebt waren. Die amtlichen Berichte wissen immer wieder zu künden, daß die Gründe des Lebensüberdresses außerhalb des Dienstes zu suchen sind, nur wird das Wunder niemals aufgeklärt werden, warum sie dann wegfallen, sowie der Wehr-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:
Prag: 6.15 Symphonie, 11.00 Schallplatten 15.25 Deutsche Sendung: Edwin Jancsó: Musikalische Zeitgeschichte. — Brünn: 12.30 Orchesterkonzert, 15.00 Frauenfunk, 18.25 Deutsche Sendung: Pader. — Regensburg: 16.10 Orchesterkonzert, 18.00 Pader Wend, 20.00 „Der Koffer“, Operette von Weiss. — Röhrlader: 22.00 Balladen. — Abtswitzberg: 15.40 Schumann Klavier nach Amerika, 18.30 Wiederholungen. — Langenberg: 21.15 Wodewey Pader laden. — Leipzig: 19.30 Klavierabend. — München: 20.00 Bericht aus Amerika. — Wien: 20.15 Orchesterkonzert, 22.10 Tanzmusik.

pflichtige ins Zivilleben zurück darf. Einmal hat man als Selbstmordgrund sogar nur „Lebensüberdruß“ angegeben, gewiß eine der profundensten Erkenntnisse, die jemals auf diesem Gebiet publiziert wurden. Kommissionen werden eingesetzt, die niemals in Aktion treten, Prozesse werden abgeführt, Selbstmorde werden zugestanden nach anfänglichen Vertuschungsversuchen, man debattiert fast so weise wie die Herren in Genf über den Geist der bewaffneten Macht und ihre Bedeutung für den Frieden, aber nichts geschieht. Der Soldat ist noch immer die Nummer: er muß parieren, verliert seine Persönlichkeit, er tritt in die Wehrmacht ein, kann oftmals nicht lesen und schreiben und ist plötzlich nach einem Militärstrafgefängnis verantwortlich, über dessen Geist sich noch nicht alle Juristen klar sind. Der Soldat sieht sich einem Gebäude von Pflichten gegenüber, dem er nicht gewachsen ist, er findet oft nicht die primitivste Möglichkeit, seine berechtigten Wünsche vorzubringen. Nur dann, wenn der immer wieder in den vaterländischen Sängen prepopierte Geist der Kameradschaft in die Herren Befehlenden einziehen wird, nur dann, wenn die kaiserliche Militärjustiz endlich zivilisiert wird, nur dann wird man gegen diese Selbstmorde aufkommen.

Das Urteil gegen Rosa Kovy aufgehoben.

Dienst wurde dem Prager Strafgesicht über die Entscheidung des Obersten Gerichtes über die Nichtigkeitsbeschwerde zugestellt, die der Anwalt Dr. wegen Kindesentführung von den Prager Geschworenen am 21. April 1932 zu einem Jahr Kerker verurteilten Rosa Kovy eingeleitet hatte. Das Oberste Gericht hat der Nichtigkeitsbeschwerde stattgegeben, das Urteil aufgehoben und den Fall zur neuerlichen Verhandlung in der nächsten Schwurgerichtsperiode in Prag zugestellt.

Ein schauerlicher Fund wurde gestern nachts von der Polizei in Königsdorf bei Brünn gemacht. Den Nachbarn eines Hauses, in dem die 61 Jahre alte Parabel wohnte, war es auffällig, daß die Parabel und ihre 27 Jahre alte Tochter Marie schon mehrere Tage hindurch nicht mehr das Haus verlassen hatten. Als sie nun am gestrigen Tage verspürten, daß aus der Wohnung Zeichen geruch dringte, riefen sie die Polizei, welche die Wohnung mit Gewalt öffnete. Hier fand sie die junge Parabel tot im Bett liegen. Die Leiche war bereits im fortgeschrittenen Zustand der Verwesung. Neben der Leiche lag im Bett die Mutter der Parabel, die bereits mehrere Tage ans Bett gefesselt war. Die unglückliche Mutter sah, wie ihre Tochter im Sterben lag, und konnte ihr in ihrem Todeskampf nicht zur Seite stehen, da sie sich selbst nicht zu rühren vermochte. Die Rettungstation brachte die alte Frau ins Krankenhaus. Die Leiche ihrer Tochter, welche wahrscheinlich vor vier Tagen gestorben war, wurde ins gerichtsarztliche Institut übergeführt.

Todessturz aus dem fahrenden Zug. Aus einem Personenzug Prag-Weißhof fiel gestern morgens nach 11 Uhr zwischen den Stationen Horni Brevnice und Jelenec ein unebener Mann; beim Auffallen aus den Erdbecken wurde ihm die Schädeldecke eingeschlagen. Er wurde ins Allgemeine Krankenhaus transportiert, wo er nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Unbekannte hatte eine Eisenbahnfahrkarte Prag-Kratowitz Brandeis bei sich; er war etwa 50 Jahre alt, trug eine schwarze Pelourhut und war von härterer Figur. Seine Identität konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Von einem Lastauto totgefahren. Dienstag durchfuhr ein schwerbeladenes Automobil der Vermaltung der staatlichen Leiche aus Neuhäuser die Ortschaft Karaschowa Redice. Als das Lastauto einem Personenauto ausweichen wollte, kam es auf der glatten Straße ins Schleudern, fuhr auf den Gehsteig und rief in Karaschowa Redice zu Besuch weilende Marie Matohova aus Prag nieder. Die Schwerverletzte wurde in das Neuhäuser Krankenhaus überführt, wo sie sofort einer Operation unterzogen wurde. Jegliche Hilfe war aber bereits vergeblich, denn die Matohova erlag ihren Verletzungen. Das Lastauto wurde erheblich beschädigt.

Der „Regenbogen“ ruht aus. Das französische dreimotorige Flugzeug „Arc en Ciel“, das Dienstagabend bei heftigem Sturm in Rio de Janeiro eintraf, ist gestern dort verblieben, um der Befragung Ruhe zu gönnen. Die Weiterflug nach Buenos Aires storniert.

Intellektuelles Proletariat in Deutschland.

Dr. Dig, der Präsident der Deutschen Anwaltskammer hat durch die Forderung eines *numerus clausus* für das Rechtsstudium allgemeinen Widerspruch hervorgerufen. Hauptgrund der Aufregung ist vor allem die Furcht der anderen, daß die von der Rechtsfakultät ausgeschlossenen Studenten sich nun anderen Fakultäten zuwenden würden. Die Anwälte haben eine Resolution verfaßt, in der sie die Jugend warnen, sich dem Studium der Pharmazie zuwenden, der aussichtslosesten aller Wissenschaften. Die Ärzte verlangen das Verbot des medizinischen Studiums wenigstens für einige Jahre. Und die Schullehrer rufen den Himmel an, daß es Jüngern an, daß es besser wäre, sich umzubringen, als Philologie zu studieren. Jeder schimpft auf den andern so sehr er kann, um nicht davon abzuhalten.

Dr. Dig sagt in seiner Denkschrift, daß das Ansehen des deutschen Anwaltsstandes durch gewissenlose Advokaten gefährdet sei. Und er bezieht sich hinzuzufügen, daß dies eine Folge der katastrophalen Ueberfüllung dieses Berufes sei. Durch einen *numerus clausus* möchte er den Anwaltsstand zu einer bevorrechteten Kaste machen (oder ihn als solche erhalten?) und hofft dadurch das tatsächlich stark geminderte Ansehen des deutschen Anwaltsstandes — in vollkommener Verkenntnis der wahren Ursachen — zu retten.

Wie aber soll man den Zustrom der jungen Menschen aufhalten, die die juristische Laufbahn wählen wollen?

Es gibt gegenwärtig an den deutschen Universitäten 150.000 Studenten. Trotz der Krise wird man fragen. — Wegen der Krise. Weil sie keine Posten finden können, wenden sich zahlreiche junge Leute dem Studium an den Universitäten zu. Die man daher schon allgemein als "Warteschlange der Arbeitslosigkeit" bezeichnet. Das Los, das sie als Absolventen der Universitäten erwartet, ist dabei keineswegs begünstigend. Von über 350.000 sind ca. 50.000 arbeitslos. Man hat ausgerechnet, daß es im Jahre 1940 200.000 stellenlose Akademiker geben werde, wenn die wirtschaftliche und soziale Lage gleich bleibt. Trotz dieser erschreckenden Aussicht ist der Zustrom zu den Universitäten außerordentlich hart. In den oben erwähnten, in der Krise begründeten Ursachen kommt auch noch die, daß Deutschland kulturell unglücklich ist — Hungria aber vor allem auch nach Diplomen. Nichts ist mehr wert als ein Titel. Oft genug ist schon über den Anfang des Berechtigungswesens in Deutschland geschrieben worden. Man erzählt den Wit, daß in den anatomischen Instituten Deutschlands keine Leichen mehr zum Sezieren ankommen werden, die sich nicht mit einem Naturhistorikern ausweisen können. 75.000 Hochschul-Lerner haben Universitätsdiplome erlangt, ohne dazu verpflichtet zu sein.

Um das Vorurteil des Berechtigungswesens zu brechen und die Tendenz, eine Kaste von Mandarinen zu züchten, zu bekämpfen, will die deutsche Regierung ein oligarchisches Arbeitsjahr zwischen Mittel- und Hochschulschulen einrichten. Sie entspricht dadurch andererseits wieder den Wünschen der einzelnen akademischen Standesvertretungen nach einem *numerus clausus*, weil die Verlängerung der Studiendauer um ein weiteres Jahr und die Verlangsamung des Ueberganges von der einen zur anderen Unterrechtsstufe viele vom Studium abhalten soll. Außerdem will man die Zahl der Prüfungen erhöhen.

Zugsunfall in Schmiedeberg. Aus Schmiedeberg wird uns berichtet: Bei der Ausfahrt des Mittagszuges Weibitz-Romtau aus der Station Schmiedeberg ereignete sich am Dienstag ein schwerer Unfall dadurch, daß die zwei letzten Waggons des Personenzuges aus den Schienen sprangen. Der Unfall wird auf falsche Weichenstellungen zurückgeführt. Ein Zugführer erlitt so schwere Verletzungen, daß er in bedauerlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Keine freien Stellen im Autobetrieb der Staatsbahnen. Ähnlich wird mitgeteilt: An der letzten Zehnwender hat eine große Zahl von Gewerbetreibenden sich im Autobetrieb der Staatsbahnen schriftlich oder mündlich an die staatliche Eisenbahnverwaltung: alle diese Ansuchen sind verworfen. Die Dienste der Staatsbahnen überhaupt keine neuen Kräfte aufgenommen werden.

Wieder die „unglückliche Liebe“. In Winterberg brachte sich ein selbstmörderischer Arbeiter der Soldat vom Grenzer-Regiment Nr. 4 Franz Mandel, eine Schußverletzung bei, die jedoch nicht ernstlicher Natur ist, so daß er am Leben erhalten werden dürfte. Das Motiv der Tat — laut Anzeigmeldung — ist in unglücklicher Liebe zu suchen.

Die Arbeitslosigkeit in Italien. Nach den Angaben der italienischen Zentralstatistik betrug die Zahl der Erwerbslosen in Italien zum 21. Dezember des Vorjahres 1.129.654 (Ende November des Vorjahres 1.038.757), darunter 852.440 Männer und 277.214 Frauen. Finanzielle Unterstützungen erhalten nur rund 298.000 Personen.

Der Orden der „Roten Arbeitsjahne“. Das Präsidium des Zentralerwerbsbüros der IZZA zeichnete den bekannten Regisseur und Direktor des Moskauer Künstlertheaters Stanislawski für dessen große Verdienste auf dem Gebiete der Kunst mit dem Orden der Roten Arbeitsjahne aus.

Waffendiebe im Bezirksamt. An der Nacht zum 13. d. M. sind zwei Diebe in die Kasse des Uffhoroder Bezirksamtes eingedrungen, wo teilweise beschlagnahmte und teilweise als *corpora delicti* dienende Waffen, Revolver und Gewehre hinterlegt waren, die dem Landesamt in Uffhorod abgeliefert werden sollten. Die Diebe entwendeten die beiden Waffen u. zw. ca. 6 Revolver und 5 Gewehre. Nach den Tätern wird gefahndet.

Geldbriefträger im Reich werden schwer bewacht. Wie das Contibüro von der Hauptverwaltung der Reichspost erfährt, haben sämtliche 45 Oberpostdirektionen Deutschlands einschließlich der acht bairischen die vor einigen Wochen vom Reichspostministerium angeordnete Reform der Geldstellung durch die Geldbriefträger, die die Abholung durch die Geldempfänger selbst verfaßt, abgelehnt und sich für die Beibehaltung der Geldstellung durch die Briefträger ausgesprochen. Voraussetzlich wird das Reichspostministerium den Oberpostdirektionen anheimstellen, die Geldbriefträger, die zum Teil schon mit Gummiknüppeln, Schlagringen oder Klompistolen ausgerüstet sind, in gefährlichen Gegenden mit richtigen Schusswaffen zu versehen. Darüber hinaus soll den Oberpostdirektionen gestattet werden, den Geldbriefträgern, die in unsicheren Gegenden oder in mehreren hintereinander liegenden dunklen Böden ihre Befehlsgänge auszuführen haben, noch einen zweiten Mann als Bewachung mitzugeben.

„Gas- und splitterdicke Unterstände.“

„Nur hereinpaziert, meine Herrschaften! Hier sehen Sie den unerschrockenen, einfachsten und wirksamsten, billigsten Schutz gegen alle Gefahren der Bombardierung im zukünftigen Kriege.“ So etwa war der Ton patriotischer Pariser Tageszeitungen, als sie vor kurzem eine Schutzstellung besonderer Art im Invalidenhotel ankündigten. Dort, in einem der Höhe des Brachbaus, welcher um das Napoleongrab errichtet ist, wurden die neu erfundenen gas- und splitterdicken Unterstände gezeigt: eine überaus notwendige und humane Erfindung! Denn der Zukunftskrieg ist doch unvermeidlich, nicht wahr? und er birgt doch dank den Fortschritten der Kriegskunst die Bombardierung und Vergasung der Großstädte mit sich? Da ist es doch nur ein Gebot fluger Voraussicht, rechtzeitig vorzuzurufen? Nun wohl, in allen Staaten, wo man dieses Gebot der modernen Zeit richtig begriffen hat, finden heute bereits Vorbereitungen für den Luftschutz im künftigen Kriege statt. An der Spitze scheint im Augenblick Frankreich zu marschieren. In Paris hat sich eine Vereinigung unter dem Titel „L'œuvre des abris“ („Schutzwerk“) gebildet, und sie hat die erhabene Aufgabe entsprechend großzügig in Angriff genommen. Sie will die Massenfeststellung solcher Unterstände organisieren. Der Chirurg Doktor Marcille hat einen höchst praktischen Unterstand erfunden und auch bereits seine Herstellung rationalisiert. Eine große Glocke von zylindrischer Form, oben spitz endend, wird aus Beton gegossen. Zwölf Personen können in ihr Aufnahme finden. Die Wände sollen angehtlich stark genug sein, um gegen jeden Durchschlag von Bombenplündern zu sichern. Der Abbruch gegen außen ist ein vollständiger, weder Luft noch ein Giftgas kann eindringen. Die Erneuerung der Atempolier erfolgt im Innern auf chemischem Wege; ein Ventilator hält die Luft in Umlauf, ein Absorptionssystem reinigt sie von den Ausatmungsprodukten und ein Sauerstoffapparat ersetzt den Verbrauch. Die Zeitdauer, welche die Menschen darin ohne Unterbrechung zubringen können, hängt nur von der Menge der lufterneuernden Chemikalien und sonstigen Vorräte ab. Die Herstellung der Glocken erfolgt in großen Serien, der Preis soll verhältnismäßig niedrig sein und nur etwa 200 Kronen je Person betragen. Die Erzeugung erfolgt durch Gießen und dauert nur wenige Stunden. Nicht zu erleben ist aus den Berichten, wo alle die Unterstände Platz finden sollen, in welcher Weise sie vor schweren Bomben schützen. Denn die schweren schlagenden Betonwände von dreieinhalb Metern durch, eine Dicke, die hier nicht entfernt erreicht sein kann), ferner ob die Unterstände auch gegen die Wühlhunde des „Feuerturms“ unfehlbar schützen, nämlich der Feuerzeuge, welche durch die Wirkung tauelender kleiner Brandbomben in der angegriffenen Stadt erzeugt werden soll. Wir wollen nur hoffen, daß die Massenherstellung einer bewährten großen Rüstungsfirma anvertraut wird. Denn so wie die Erzeugung der Schiffgeschütze und der gegen sie verwendeten Panzerplatten logischerweise in den gleichen Konzern gehört, so doch auch die der Gasbomben und der gegen sie schützenden Unterstände? Es liegt doch nur im Interesse der Bevölkerung, welche von Nachrichten über neue mörderische Kriegsmethoden, auch gegen das friedliche Hinterland, aufgeschreckt wurde, daß man nun Schutzmittel erzeugt, welche ihr Hoffnung geben, im Glücksfalle den Zukunftskrieg vielleicht überleben zu können. Wer sich kein kindisches Gemüt bewahrt hat und den Herren glaubt, daß sowohl die Rüstungen als die Schutzvorkehrungen nur für die Sicherheit der Bevölkerung da sind, der braucht bloß die Steuern für die Rüstungen aufzubringen und dann auch noch für Unterstände, Gasmasken u. dgl. einen Teil seines Einkommens herzugeben. Er bekommt dafür die Versicherung, daß wenn einmal unter Mitwirkung der gleichen Herren ein Krieg entsetzt wird, einige Aussicht besteht, daß er sein Leben behält; selbst wenn so schlimm kommen sollte, daß sein Heim zu Trümmern und Asche wird.

PRAGER ZEITUNG.

Die Betriebsauschüsse in den Banken.

Zu den Verhältnissen in der Becca.

Unter den Maßnahmen, die das Bankengesetz zur Befriedung unseres Geldwesens getroffen hat, war die Einführung der Betriebsauschüsse in den Bankbetrieben besonders zu begrüßen. Die Heranziehung der Angestelltenvertreter und ihre Einflußnahme auf die Geschäftsführung der Banken, ihre Vertretung in den Verwaltungsräten der Bankbetriebe hätte eine gesunde und wirksame Kontrolle der Bankleitungen schaffen sollen, um die selbstherrliche Nachstellung der Bankgewaltigen, die so unglückliche Folgen für unser Bankgewerbe hatte, zu erschüttern.

In allen Bank sehen wir das deutsche Bestreben der Bankleitungen, die Tätigkeit der Betriebsauschüsse nach Möglichkeit zu sabotieren.

Die Bankleitungen haben die Gefahr erkannt, die die Tätigkeit der Betriebsauschüsse für sie bedeutet, und richten demzufolge die bestmöglichen Angriffe gegen sie durch die Betriebsauschüsse vertretenen Subalternangestellten. Sichtlich zu dem Zwecke, sich, wenn schon nicht das Alleinbestimmungsrecht in den Betrieben, so doch wenigstens die durch die Tätigkeit der Betriebsauschüsse gefährdeten Spitzenbezüge zu sichern.

Wenn in früheren Zeiten die Direktion der Südbank in beamtensindlichen Ausreden führend war, scheint jetzt die Direktion der Böhmischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt dieses Erbe angetreten zu haben.

Die von dieser Direktion in den letzten Monaten ihren Angestellten gegenüber getroffenen Maßnahmen und die nur durch das rücksichtslose Bestehen der leitenden Herren, ihre Bezüge trotz den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf der alten Höhe zu erhalten, erklärt werden können, verdienen der Aufmerksamkeit besonders angezogen zu werden. Am Herbst v. J. kündigte die Direktion den erst im Jahre 1929 abgeschlossenen Gehaltsvertrag, der den Angestellten ihre durch diesen Vertrag „stabilisierten“ Minimalbezüge garantierte, und trifft durch diese einseitige Willensbetätigung eine Verfügung, zu der sie, da es sich in diesem Falle um einen angesprochenen Dauervertrag handelt, in keiner Beziehung verpflichtet ist. Es fehlt ihr juristisch die Berechtigung dazu, sie kehrt ihr aber auch moralisch, da die Bankleitung gleichzeitig erklärt, daß sie die mit Mitarbeitern des Leitungsapparates in besseren Zeiten geschlossenen Verträge einhalten werde. Die

Verträge, die den leitenden Herren ihre hohen Bezüge und Ruhegelder unter allen Umständen verbürgen sollen, sind heilig, während in den Augen der gleichen Herren der Wechselvertrag der Subalternbeamten ein feines Papier ist.

Von dem gleichen Bestreben, die geschlossenen Verträge der Personallegie bei Erhaltung ihrer Bezüge auf dem Rücken der Angestelltenhaft durchzuführen, läßt sie sich auch bei den Pensionierungen zeigen. Beamte, die in jeder Beziehung dienstfähig sind, die Altersgrenze noch lange nicht erreicht haben, nie zu den geringsten Bedenken Anlaß geben, werden in den vorzeitigen Ruhestand gedrückt, während sich überalterte Herren des Leitungsapparates nach dem entlassenen können, ihre Urlaube aufzugeben. Unschönere von den in anderen Banken mit der Notgarantierung gemachten traurigen Erfahrungen, schreitet die Leitung der Becca, als ob sie sonst keine Sorgen hätte, zu einer Zentralisierung der Jubiläumshaltungen in Prag. Das führt die Bankleitung das Urteil der Amnistieinstellen über denartige in der letzten Zeit äußerst fragwürdige Experimente, was die Frage der Zweckmäßigkeit? Es erörtern sich auf diese Weise die Möglichkeiten, Subalternangestellte loszuwerden, und damit eine neue Chance, die eigenen Bezüge auf Kosten der abgehenden Beamten zu erhalten. Gegenüber diesen löblichen Erwägungen müssen alle anderen zurückbleiben. Derartige Maßnahmen trifft eine Leitung, die wie zum Hohne auf die Arbeitslosigkeit und Ver-

elendung dieser Klassen der Bevölkerung unseres Staates, zu der sie durch Entlassung eines Teils der von ihr patronisierten Industriebetriebe in ganz bedeutendem Maße beigetragen hat, noch heute Dientlebezüge hat, die sich um eine halbe Million und darüber bewegen. War man schon aus früheren Zeiten daran gewöhnt, daß sich die Direktionen ihre Steuern von der Bank bezahlen lassen, muß doch in diesem Zusammenhang auf eine Tatsache hingewiesen werden, die den Gipfelpunkt schonungsloser Ausbeutung der Bank bedeutet.

Selbst den Krisenzuschlag zur Einkommensenkung muß die Bank diesen Herren, die ihren Angestellten gegenüber immer wieder betonen, daß sie sich bei allen ihren Handlungen ausschließlich vom Wohle des Institutes leiten lassen, bezahlen.

Rechnet man diese Beträge und die verschiedenen Anteile diesen Gehältern hinzu, so ergeben sich auch heute noch für einen leitenden Direktor der Becca Jahresbezüge, die nahe an eine Million heranziehen.

In welchem traffen Eigeninteresse liegt hierzu die Dividendenlosigkeit der Aktionäre! Wie verhält sich mit diesen phantastischen Bezügen die Tatsache, daß der Pensionierungsfonds, der die vertragmäßigen Ansprüche der Angestellten für den Fall des Alters oder der Invalidität gewährleisten soll, unterdeckt ist; unterdeckt deswegen, weil die Herren in Zeiten glänzender Konjunktur der Altersverpflichtung des Arbeitgebers, die Altersversorgung seiner Angestellten sicherzustellen, nicht nachgekommen sind und die Millionen, die dem Pensionierungsfonds jetzt fehlen, zur Honorierung ihrer Tätigkeit verwenden.

Auch von Seiten des Verwaltungs- und Aufsichtsrates ist trotz der diesen Institutionen durch das Bankengesetz auferlegten erheblichen Verantwortlichkeit und der dem Aufsichtsrate durch den § 17 a. b. g. m. Art. XLIV dieses Gesetzes gegebenen Möglichkeit, die Bezüge des Leitungsapparates zu beabsichtigen, eine Abhilfe nicht zu erwarten. Die bleiben die gleich willkürlichen Verfügungen der Direktion, die sie vor Inkrafttreten des Bankengesetzes waren, was bei der bekannten engen privatrechtlichen Verbindung des Präsidenten des Verwaltungsrates, Dr. Wolf-Josefauer, b. g. m. seines Bankhauses zur Becca schließlich nicht wundern läßt.

Es ist unter diesen Umständen zu befürchten, daß sich alle Maßnahmen, die zur Entlastung der Wirtschaft ergriffen werden und die durch die beabsichtigte Ermäßigung des Zinsfußes auf eine Senkung der Bankregie drängen, bei dem rücksichtslosen Willen der Bankleitungen, ihre Bezüge unter allen Umständen auf der bisherigen, in jeder Beziehung unangemessenen Höhe zu erhalten, an dem kleinen Angestellten auswirken werden, der ohnedies mit seinen bescheidenen Bezügen seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten kann.

Gegen die maßlose Geldgier der Bankmagnaten, die sich weder früher noch heute dazu verstehen können, die Arbeitslose des Unternehmerrisikos auf sich zu nehmen, muß mit allen Mitteln angeknüpft werden.

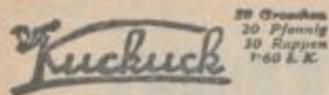
Es ist dies eine Frage, die nicht mehr die betroffenen Bankangestellten allein, sondern die ganze Öffentlichkeit interessiert. Am Interesse der Bevölkerung unserer Wirtschaft ist es dringend notwendig, daß die weitestgehende Bekämpfung der Bankengesetz geschlossen wird und daß auch in den nicht-sanctionierten Banken Mittel und Wege gefunden werden, um die außerordentlichen Mißstände in der Bezahlung des Leitungsapparates zu beheben. Die selbstherrliche Nachstellung der Bankgewaltigen, die trotz Bankengesetz Betriebsauschüsse bildet, noch immer keine nennenswerte Schmälerung erfahren hat, muß gebrochen und diese Herren müssen in die Schranken verworfen werden, die den heutigen Verhältnissen und ihrer komischen Geschäftsführung entsprechen!

Eine Sa'schmeldung der „Montagsblatt“

Das „Montagsblatt“ vom 16. d. M. brachte aus Zudententreiben die Meldung, daß ein Zusammenstoß der drei großen studentischen Spitzenorganisationen, „Solo- und Kedealle“, „Deutsche Studentenschaft“ und „Freie Vereinigung der Akademiker“ zum Zwecke dauernder Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete und Hochschulfragen stattgefunden hat. Das „Montagsblatt“ begrüßt dies lebhaft, bedauert nur, daß alle derartigen Bemühungen bisher an dem Widerstand „angesehener Führer“ gescheitert seien; gleichzeitig meldet es, daß diese vereinigten Organisationen in nächster Zeit für die Einführung einer pflichtgemäßen gesundheitslichen Untersuchung aller deutschen Hochschul-Leitenden rufen wollen, daß aber ihr oberstes Ziel die Bildung eines „Dachschulbeirates“ sei. In dem alle zur Mitarbeit an den Fragen der deutschen Hochschulen und der deutschen Volkshilfe bereiten Kräfte unter der Leitung, ferner die Führer des parlamentarischen und wirtschaftlichen Lebens der Deutschen dieses Staates zusammengebracht werden sollen.

Die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ teilt uns dazu mit: Die Informationen des „Montagsblattes“ sind, soweit sie die „Freie Vereinigung“ betreffen, unrichtig. Ein Zusammenstoß der „Freien Vereinigung“ mit anderen Studentenorganisationen, die nicht auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes stehen, hat nicht stattgefunden.

den und ist auch gar nicht daran zu denken, am allerwenigsten mit der sogenannten „Deutschen Studentenschaft“, die als Spitzenorganisation des akademischen Nationalfaszismus nur bestempelt werden kann. Wohl hat in einem Einzelfall die „Freie Vereinigung“ einen gemeinsamen Schritt mit anderen Studentenorganisationen bei den Behörden (Schulministerium und Kanzlei des Präsidenten der Republik) unternommen, aber nur deshalb, um den Forderungen nach Ausgestaltung der studentischen Sozialfürsorge, die seit jeder ein Hauptbestandteil des sozialistischen Hochschulprogrammes ist, größeren Nachdruck zu verleihen. Wenn die bürgerlichen Studentenvereine die Dringlichkeit sozialistischer Forderungen einsehen, so ist für den vereinzelt Fall nicht nur kein Anlaß gegeben, sich von diesen Aktionen zu distanzieren, sondern im Gegenteil reichlich Anlaß vorhanden, sich an diesen Aktionen möglichst führend zu beteiligen. Die „Freie Vereinigung“ konnte es nicht dazu kommen lassen, daß bürgerliche Organisationen mit sozialistischen Programmforderungen Promouanda unter den Studenten machen. Wer immer auch die sozialistischen Studenten in ihrem Bestreben nach einer sozialistischen Hochschulreform unterstützt, wird bei seiner Mitarbeit an einem sozialistischen Werk niemals zurückgeschoben werden. Die sozialistischen Studenten denken nicht daran, die Einführung einer pflichtgemäßen gesundheitslichen Untersuchung der deutschen Hochschulen zu betreiben, solange nicht ihr Ausbau in eine planmäßige Heil-



Die größte illustrierte Wochenschrift. Erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Fürsorge garantiert ist. Solange dies nicht der Fall ist, wird die sozialistische Studentenschaft Bestrebungen nach obligatorischer Gesundheitslicher Untersuchung bekämpfen...

Die Verteilung der unanbringlichen Postsendungen findet am Montag, den 6. Jänner 1933, um halb 9 Uhr in der Auktionshalle des Reichsamtes in Prag II, II Pöschelgasse 10, statt.

St.-Ausflug. Die Staatsbahndirektion veranstaltet am 21. ds. einen St.-Ausflug mit dem Autobus von Prag nach Vafely bei Hochlitz a. d. Mts. Abfahrt Samstag, den 21. ds., um 14 Uhr von der Jägerová in Prag II, gegenüber dem Kino „Kapital“.

Gerichtssaal

Ein Stück Glas für 3000 Kronen.

Gaunerstücke eines russischen Emigranten. Prag, 18. Jänner. Der Währliche Konstantin Zuboff, ein russischer Emigrant aus Simferopol und internationaler Betrüger, hat im Laufe des Jahres in Prag einige gelungene „Dinge gemacht“.

Dieser Komplize „kaufte“ zunächst einen Goldrukel, den Zuboff vorzeigte, für 50 Kronen, und fragte dann, ob er nicht noch anderes zu verkaufen habe. Das war natürlich eine verlockende Komödie, um dem zu stuppenden Appetit zu weichen.

Rat begann ein Handeln um den wertvollen Stein, das damit endete, daß Zuboff den Brillanten für 3000 K hergab. Also ein gutes Geschäft! Velder hatte aber der geschickte Gauner inzwischen den Edelstein mit einer wertlosen Glasimitation vertauscht.

Nach einem anderen Fall legt die Anklage dem Zuboff zur Last, der in gleicher Weise arrangiert war und wobei ebenfalls im Wege eines „Edelsteinkaufes“ der Kaufmann Otto Ruch um 10.000 Kronen geprellt wurde.

Konstantin Zuboff wird als internationaler Betrüger bei den Polizeibehörden evident geführt und ist schon seinerzeit wegen ebensolcher Gaunerstücke auch in der Tschechoslowakei bestraft und aus dem Staatsgebiet ausgewiesen worden.

Der Senat des ODR Trost verurteilte ihn wegen Verbrechens des Betruges und der Uebertretung der verbreiteten Missetaten zu sieben Monaten schweren Kerker und zur Ausweisung. Der bei ihm vorgefundene Gelddertrag von über 700 Kronen wurde, da Zuboff sich weigerte, ihn dem Geschädigten zur teilweisen Gutmachung zu überlassen, für verfallen erklärt und wird zur Bestreitung der Gerichtskosten verwendet.

Von den Klienten des „Neuen Leben“.

Bilder aus der Kanzlei der Sträflingsfürsorge.

Ein auf sozialem Gebiet herabragend tätiger Mann erzählte einmal, er habe vor vielen Jahren einen hohen richterlichen Funktionär zur Mitarbeit für die Organisation einer planmäßigen, individuellen Sträflingsfürsorge gewinnen wollen.

Damals ist es ziemlich die Einstellung der reaktionären Ideologie zum Problem der Sträflingsfürsorge ausgesprochen, eine Einstellung, die heute wohl im allgemeinen als überunden gelten kann, mag sie im Stillen noch hier und da weiterleben.

In unserer Uebergangszeit bleibt leider noch offenkundig dieses Tätigkeitsgebiet, das unstreitig zu den Aufgaben der menschlichen Gesellschaft, bzw. des Staates gehört, zum überwiegenden Teil der privaten Fürsorgeorgane überlassen.

Allerlei Klienten.

Eine Stunde im Vorzimmer dieser Fürsorgekanzlei genügt, um einen Begriff von der Fülle der verschiedensten Aufgaben zu geben. Die Akten eröffnen uns dann tieferen Einblick.

Eine verzwelfelte Frau mit einem Kind auf dem Arm zeigt den Delogierungsbescheid. Der Mann (ein kleiner Handwerker) sitzt in Panik (wegen einer Dummheit im Rausch). Der reiche Hausherr will sie morgen auf die Straße werfen, weil sie statt der schuldigen 600 K Zins nur 450 K hat zusammengetragen können.

Eine ausgehungerte Gestalt in dünnen zerfetzten

kleidern und zerfetzten Schuhen hinst um Hilfe. Der Fall wird erhoben werden. Vorläufig das Dringende: Kleider, Schuhe, Anweisungen für Nachfolger und Verpflegung. (Vorgeld wird nur ausnahmsweise gegeben.)

Ein elegant gekleideter Herr kiffert mit dem Sekretär. Er ist nicht in eigener Sache gekommen, er verwendet sich für einen anderen und fügt eine Geldspende bei. Dieser elegante Herr ist heute Chef der Korrespondenzabteilung eines großen Unternehmens und vorher — hat er eine mehrjährige Kerkerstrafe verbüßt.

Ein Mann, dem der rechte Arm fehlt. Er hat ihn an der Maschine im Gefängnis verloren. Bezieht eine Rente und kiffert um einen Rat in einer Sache, die sein früheres Leben betrifft und die er niemandem anvertrauen will, als seinem Helfer, vor denen er sich nicht zu schämen braucht.

Mit Tränen in den Augen klagt ein anderer Klient, der eine bedingte Kerkerstrafe bekommen hat, daß die händige Schnäffelei der Sicherheitsorgane ihm jede Stellung verdirbt. Er ist ein Spezialist und hat verhältnismäßig leichte Posten gefunden. Aber kaum hat er eine Stellung — schon ist der Polkist da und fragt „wie er sich aufführt“.

Wir könnten die Aufzählung bemerkenswerter aktenmäßiger Fälle noch belieben fortsetzen.

Individuelle Fürsorge und ihre Resultate.

Individuelle Fürsorgefähigkeit ist etwas anderes als die sogenannte „Caritas“. Keine wohllos spendende Wohlthatigkeit, kein Almosen, sondern Hilfsmaßnahmen, die dem besonderen Charakter des Falles entsprechen, und hier wird jeder einzelne Fall sorgfältig nach allen Richtungen erhoben.

Wer es geschieht, was möglich ist und mehr, als man für möglich halten sollte. Die Akten geben darüber Auskunft. Der Verein, der seine Mittel teils durch Sammelaktionen und Naturalzuwendungen, teils durch Subventionen der zuständigen Stellen (Justiz- und Fürsorgeministerium u. a.) aufbringt, arbeitet nach Methoden, die jeder sozial Denkende anerkennen muß.

Der blonde Bogel. Das russische Kleinkunsttheater des ausgehauenen Conférenciers und künstlerischen Leiters Juschin hat diesmal im Weinberger Stadtheater sein Nest für einige Tage erbaut.

Der blonde Bogel. Das russische Kleinkunsttheater des ausgehauenen Conférenciers und künstlerischen Leiters Juschin hat diesmal im Weinberger Stadtheater sein Nest für einige Tage erbaut. Vor einigen Jahren gastierte diese Kleinkunsttruppe, deren oft große schauspielerische Leistungen im Widerspruch stehen zur Bescheidenheit dieser Art von Kunst.

Kunst und Wissen

Der Rotter-Konzern mit neun Berliner Theatern veriraucht!

Der Rotter-Konzern, der unter dem Vorwande, der deutschen Theaterkunst zu dienen, anderhalb Jahrzehnte lang in den Berliner Theaterbetrieb die bösesten Geschäftsmethoden hineinbrachte, ist nun endgültig zusammengebrochen.

Die Brüder Rotter haben ihre Unternehmungen systematisch derart verfocht, daß sie kaum noch persönlich zur Verantwortung gezogen werden können. In alle ihre Unternehmungen haben sie Strohmänner hineingestellt, hinter denen sie sich selber verstecken. Die neun Theater, die von dem Publikum rühmend genannt werden, haben Konzeptionsdirektoren und Verwalter, die den Rotters jede Verantwortung abnehmen, die aber selbst vollkommen verdingungslos sind und deshalb kaum gefaßt werden können.

Die Brüder Rotter haben ihre Unternehmungen systematisch derart verfocht, daß sie kaum noch persönlich zur Verantwortung gezogen werden können. In alle ihre Unternehmungen haben sie Strohmänner hineingestellt, hinter denen sie sich selber verstecken. Die neun Theater, die von dem Publikum rühmend genannt werden, haben Konzeptionsdirektoren und Verwalter, die den Rotters jede Verantwortung abnehmen, die aber selbst vollkommen verdingungslos sind und deshalb kaum gefaßt werden können.

Die Rotters schulden den Staat und den Behörden und die Beamten des Herrn Bracht, die sonst die Kunst sehr streng behandeln, haben den Rotters und ihren Strohmännern das Leben außerordentlich leicht gemacht. Deswegen trifft ein großer Teil der Schuld an dem Bruch dieser beiden Schuldnermacher die Kunstkräfte für die Berliner Theater.

Weiß, dem Führer des bürgerlichen österreichischen Fußballverbandes, die am 8. und 9. Jänner in Wien stattgefundenen Spiele Oesterreich-Ungarn zu verbieten. Das war ein Reinfall, denn Oesterreichs Arbeiterfußballspieler haben ihren eigenen Verband, der weder Herrn Weiß, und noch viel weniger Herrn Schröder etwas angeht.

Wir finden das ganze Gerede gegen die Arbeiterpartei — gelinde gesagt — recht kleinlich und sehr im Gegensatz stehend zu der auch von der FDPA oft vertretenen Auffassung, daß der Sport völlerannähernde Kräfte besitzt. Daß die Länderspiele der Arbeiterfußballer in bestmöglicher Harmonie verlaufen und technisch auf sehr hoher Stufe stehen, das sollte die FDPA eher erwidern, in ihren Verbänden in diesen Beziehungen nach dem Rechten zu sehen, anstatt sich gegen die Arbeiterpartei zu wenden, was ihr nur als Schwäche ausgelegt wird.

Bestarbeiterpartei in Oesterreich. Die Arbeiterpartei und Sportler Oesterreich haben mit der sozialistischen Kinderfreunde Bewegung eine Vereinbarung getroffen, nach der sie den von der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale für dieses Jahr angelegten Bestarbeiterpartei durch gemeinsame Veranstaltung am 18. Juni begangen werden.

Dresdener Arbeiterfußball. Dolos gegen Lobias 4:1, Hebbenau gegen Coswig 2:0, Fortschritt gegen Neustadt 4:1, DSB 15 gegen BSG 8:1, Eintracht gegen Gotta 1:1, Radeberg gegen Coswig 4:0, Meißner gegen Pöchen 2:2, Komens gegen Radehaus 5:0, Rodig 09 gegen Köpfchenbroda 4:1.

Der Film

Aktualitäten bei Surian. Der den Abschluß der Komödiantin Lilian Harvey stellt, die wiederum dieses noch am Anhalter Bahnhof Berlin im Mikrophon „blüht“, wofür sie dann noch eine Dose Goldes profitieren darf, wird herzlich lachen: wenn sie doch bewußt, weil sie die Kermitte der Armen, um der phantastischen Gage willen nach dem böen Hollywood muß; u. a. h. wie sie sagt, mit der geschuldeten Bitte, ihr treu zu bleiben. Denn vielleicht gefällt sie drüben nicht und dann muß sie ja wieder heim, weil das Publikum „eine“ Harvey verabscheut: das ist der Film. Nadebald stellt man schon die Katastrophe der „Kalamität“, nicht den Streik um die Beute zwischen den vertriebenen Nationalen. Eine alte, aber nicht mehr der wirksamen Groteske ähnlich das Programm ab; es ist interessant, daß in Berlin dreißig adelöser Tormirakle bereit liegen, die aber vom Handelsministerium nicht herangezogen werden! Für uns genügt das alle Material. W. S.

Literatur

„Leben ohne Geheimnis.“ Roman von Frida Baum. Ullstein-Verlag, Berlin. Die Autorin hat diesmal den Schauplatz der Handlung vor den farbigen Hintergrund der großen amerikanischen Filmstadt verlegt. Hier in Hollywood wird alles feierlich durchgeführt eben so wie Städte und Kriege japanische Archaismen und Bogenspiele, kurz alles was der Bereich dieser ungeheuren Traumfabrik braucht, um dem Gehmaß der Masse der Kundbesucher zu entsprechen, ihrer unproduktiven Phantasie Nahrung zu geben. „Produktion“ ist das Zauberwort, um das sich alles dreht. „Sie sagt mir ein Lieber über den Studiis und keinen Angestellten, Sie entscheidet über Schicksale. Sie selber wackelt ihr Schicksal löchlich. Es geht hinan, hinunter mit ihr.“

Alle Hoffnungen, alle Bestrebungen sind auf die Produktion konzentriert. Das Geld der Company wird in ihren Köchen geworfen. Die Papiere der Company steigen und fallen an der Börse, je nach den Gerüchten, die über die Produktion aus den Schützern des Studios dringen. Die Produktion laßt die Direktoren tosend, weils Wohlgefallen zur Verpflegung Schriftsteller zu Selbstmordversuchen, und die Schauspieler arbeiten an sie getreten wie auf einer Galere. Die Produktion, das ist der menschentürende Höhe, das exotische Hellikum, das goldenen Lebensziel des Studios. In dieser Welt, die so gründlich studiert und beobachtet haben muß, fähig uns Bild Baum, hier läßt sie der Film dieser Romane von Filmgöttern im vollen Maße der Schmeichelei fähig. Im Völkchen blinder Schmeichelei — so riefte sich auch das Leben der Filmkünstler ab, deren Tun und Lassen bis ins kleinste Privatleben hinein von der Menge, von der Presse, von Managern kontrolliert und kontrolliert an das Scheitern verurteilt gekannt wird. Überall ist die Hauptfigur des Romans, Gids und mit ihr streikenden Völkchen ein Ideal, nach dem die jungen Männer sich zu formen versuchen. Sein Leben, in Strahlentanz des Ruhmes erglänzend, erfüllt die der großen Leidenschaft zu einer Frau und schließlich trauriges Ende wird mit hinterher Tempo erzählt. Bild Baum hat sich auch bei dieser Buche als glänzende Geschichtin und klarföhrliche Beobachterin bewährt.

Sport • Spiel • Körperpflege

Sorgen der FIFA.

Die Europa-Fußballmeisterschaft der Arbeiterpartei ein Dorn im Auge. — Sekretär Schröder denunziert. — Hugo Reiff „interveniert“.

Die sonst so großzügige bürgerliche Fußballinternationale (FIFA) ärgert sich, daß die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale mit großen Erfolgen eine Europa-Fußballmeisterschaft durchführt.

Der FDPA-Sekretär, der Deutsche Bob Schröder (Präsident) verlangte von Hugo

Verantwortlich: Eugenius Tsch. — Druckerei: Wilhelm Krieger. — Druckort: Prag. — Druck-Nr. 2-6 für Jänner und Februar. — Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Post-Verwaltung für den Postverkehr mit der Post-Nr. 11.500/VII 1930 beauftragt. — Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Post-Verwaltung für den Postverkehr mit der Post-Nr. 11.500/VII 1930 beauftragt. — Injuncta werden laut Tarif häufig bezogen. Bei diesen Aufstellungen Vermeidung. — Nachdruck von Manuskripten erfolgt nur bei Genehmigung der Redaktion.